

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE ● ● ●
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT



MATERIAL

ZWEITE DEUTSCH-PALÄSTINENSISCHE
KOMMUNALE PARTNERSCHAFTSKONFERENZ

10. bis 13. November 2015 in Jena | Nr. 77

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

info@service-eine-welt.de

www.service-eine-welt.de

Material – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 77

Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy

Projektleitung: Wencke Müller

Texte: Eva Roeder

Redaktion: Wencke Müller, Doreen Eismann, David Honka

Fotos: Andreas Grasser

Layout, Satz und Umschlaggestaltung: Fabian Ewert, Königswinter

Druck: Schloemer & Partner GmbH, www.grün-gedruckt.de

100% Recyclingpapier, CyclusPrint

Druck mit mineralölfreien Farben, CO₂-kompensiert

Bonn, Juli 2016

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Material“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Um die Lesbarkeit zu vereinfachen, sind in der vorliegenden Publikation die zur Gleichstellung von Mann und Frau gebräuchlichen Schreibweisen nicht durchgängig verwendet worden. Bei allen männlichen Bezeichnungen sind selbstverständlich die Frauen gleichermaßen angesprochen (und umgekehrt).

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

INHALT

1. Einleitung	6
2. Begrüßung	8
Begrüßung durch Dr. Albrecht Schröter, Oberbürgermeister Stadt Jena.....	8
Begrüßung durch Dr. Jens Kreuter, Geschäftsführer Engagement Global.....	9
Begrüßung durch Musa Hadid, Präsident Association of Palestinian Local Authorities (APLA)	10
3. Einführung.....	11
Einführung durch Dr. Albrecht Schröter, Oberbürgermeister Stadt Jena	11
Einführung durch Nicola Khamis, Bürgermeister der Stadt Beit Jala	12
4. Grußworte.....	14
Dr. Khouloud Daibes, Botschafterin der Palästinensische Mission in der Bundesrepublik Deutschland	14
Frau Stefanie Scharf, Stellvertretende Referatsleiterin Naher Osten, Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	15
5. Standortbestimmung Bürgermeisterforum	18
6. Vorstellung von konkreter deutsch-palästinensischer Partnerschaftsarbeit	24
Input von Mathias Gritzka, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	24
Input von Musa Hadid, Präsident Association of Palestinian Local Authorities (APLA)	24
Good-Practice-Beispiele deutsch-palästinensischer Partnerschaftsarbeit.....	27

7. Unterstützungs- und Förderangebote Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global.....	30
8. Exkursionen	32
Abwasser: Besuch der Zentralen Kläranlage Jena (Stadtwerke Jena)	32
Abfallwirtschaft/Müllbeseitigung: Besuch der Wertstoffhöfe	32
9. Arbeitsgruppen	33
I. Mannheim – Hebron	33
II. Bonn – Ramallah	33
III. Bad Oldesloe – Jifna	33
IV. Nürnberg – Nablus	34
V. Tourismus (Köln, Bergisch Gladbach, Jena, Xanten / Bethlehem, Beit Jala, Beit Sahour, Al Ubediyah, Al Doha, Al Khader, Battir)	34
10. Abschlussworte und Fazit	37
Musa Hadid, Präsident APLA	37
Vera Baboun, Bürgermeisterin der Stadt Bethlehem	37
Dr. Albrecht Schröter, Oberbürgermeister der Stadt Jena	38
Anhang.....	40
Programm	40
Teilnehmendenliste.....	42
Glossar.....	44

1. EINLEITUNG

Die deutsch-palästinensischen kommunalen Partnerschaften sind ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt des Programmbereichs Partnerschaften mit Kommunen in der Region Nahost und Nordafrika der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW). Als Ansprechpartner für deutsche Kommunen zur Anbahnung und Weiterentwicklung von kommunalen Partnerschaften beobachtet die Servicestelle bereits seit einiger Zeit, dass die deutsch-palästinensischen Partnerschaften sich stetig konsolidieren und deutsche Kommunen ein wachsendes Interesse an der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit palästinensischen Kommunen haben.

Die SKEW kann auf eine erfolgreiche Unterstützungsleistung für bilaterale Partnerschaften zwischen deutschen und palästinensischen Kommunen zurückschauen.¹ Bis heute unterstützt die Servicestelle aktiv die Städtepartnerschaften Köln – Bethlehem (die älteste Partnerschaft seit nunmehr 20 Jahren, 1996), Bergisch Gladbach – Beit Jala (seit 2011), Jena – Beit Jala (seit 2011), Xanten – Beit Sahour (seit 2011) und Bad Oldesloe – Jifna (seit 2015) sowie die Projektpartnerschaften Hebron – Mannheim (2013 wurde ein Städtefreundschaftsvertrag unterzeichnet) und Nablus – Nürnberg (seit 2015).

Den Partnerschaften liegen häufig viele Jahre des Aufbaus und der Entwicklung von Beziehungen zugrunde. Der notwendige Austausch, die Mobilisierung von finanziellen Mitteln und die Bereitstellung von Plattformen für Austausch und Vernetzung sind Investitionen, die ein nachhaltiges und langfristiges Engagement verlangen. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt die SKEW Kommunen in ihrem partnerschaftlichen Engagement auf vielfältige Art und Weise: Beratung und Informationsaustausch für entwicklungsbezogenes kommunales Engagement, Durchführung und Finanzierung von Vernetzungstreffen (wie das in diesem Heft dokumentierte),

Unterstützung bei Arbeitstreffen (ein Expertenentsendungsprogramm, das den Fachaustausch für Partnerschaftsprojekte fördert), die Finanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen zur landeskundlichen Information und interkulturellen Sensibilisierung (zum Beispiel zu den Palästinensischen Gebieten).



Martina Sabra

Ein für größere Projekte besonders geeignetes Instrument der SKEW ist darüber hinaus die Programmlinie „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa). Im Jahr 2015 wurde die Kooperation zwischen Mannheim und Hebron durch Nakopa gefördert, wodurch gemeinsame Infrastrukturinvestitionen im Abwasserbereich umgesetzt werden konnten.

Die vom 10. bis zum 13. November 2015 in Kooperation mit der Stadt Jena ausgerichtete deutsch-palästinensische Partnerschaftskonferenz war bereits die zweite dieser Art.² Die vorliegende Dokumentation stellt nun wesentliche Ergebnisse des dreitägigen Austausches auf verschiedenen Ebenen zusammen. Im Zentrum standen die bisherigen Erfolge, Herausforderungen und Perspektiven gegenwärtiger und zukünftiger deutsch-palästinensischer Partnerschaftsarbeit. Diese wurden in Vorträgen, Panel-Diskussionen

1 www.service-eine-welt.de/nahost_partnerschaften/nahost_partnerschaften-start.html.

2 Damit schloss sie an das kommunale Partnerschaftstreffen in Ramallah und Bethlehem vom November 2014 an. Siehe hierzu: www.service-eine-welt.de/nahost_partnerschaften/nahost_partnerschaften-kommunales-treffen-in-palaestina2014.html.

und Arbeitsgruppen zu den Themen Abwasser- und Abfallwirtschaft und Tourismusentwicklung intensiv diskutiert. Neben Vertreterinnen und Vertretern der festen Partnerschaften waren auch Repräsentantinnen und Repräsentanten der Stadt Bonn sowie der palästinensischen Städte und Gemeinden Ramallah, Al Doha, Al Khader, Al Ubediyah, Battir, und Beitunia der Einladung nach Jena gefolgt. Martina Sabra und Ulrich Nitschke führten die Teilnehmenden durch das Programm.

Die SKEW hat zum Ziel, die deutsch-palästinensischen kommunalen Beziehungen mithilfe ihrer Programme auch in den nächsten Jahren auszubauen und zu stärken. Die dritte Partnerschaftskonferenz ist für Ende 2016 in Palästina geplant.

2. BEGRÜSSUNG

Tag 1: Dienstag, 10. November 2015

Begrüßung durch Dr. Albrecht Schröter, Oberbürgermeister Stadt Jena

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist ein bewegender Moment für mich, Sie hier im Rathaus unserer Stadt begrüßen zu dürfen und diese Konferenz zu eröffnen. Herzlich willkommen!



Warum ist dieser Moment so bewegend für mich? Ich bin in einem christlichen, projüdischen Elternhaus aufgewachsen. Wir haben uns intensiv mit Israel beschäftigt und ich war begeistert, dass sie einen neuen Staat gründen konnten. Als Pfarrer bin ich im Jahr 1993 erstmals im Heiligen Land gewesen, unter anderem in Jerusalem und in Bethlehem. Dort habe ich erfahren, dass Menschen aus Palästina auswandern. Ich habe die Gemeinde Beit Jala kennengelernt und war mehrere Male dort, unter anderem im Jahr 2008, wo wir eine Demonstration in Bethlehem organisiert haben, um „die Mauer zu Fall zu bringen“. Wir haben dort gekniet und für den Frieden gebetet. Ich habe in diesen Jahren gelernt, mit den Menschen in Palästina zu leben und zu denken. Als ich in Deutschland darüber berichtete, wurde ich aufgefordert, trilaterale Beziehungen auf den Weg zu bringen, um palästinensische und israelische

Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen. Ich habe den Auftrag angenommen und bin von Hebron bis nach Nablus gereist, habe Ramallah besucht und viele Bürgermeister getroffen. Wir hatten die Idee, dreiseitige Kontakte zu knüpfen. Jetzt weiß ich, dass es derzeit fast unmöglich ist. Denn niemand weiß, wie es weitergeht.

Ich habe von Martin Buber gelernt, dass das Glück des einen Volkes von dem Glück des anderen Volkes abhängt. Es kann Palästina nicht gut gehen, wenn es Israel nicht gut geht, und es kann auch Israel nicht gut gehen, wenn es Palästina nicht gut geht. Doch ich sehe eine große Differenz im Machtverhältnis. Diese Beziehung ist nicht auf Augenhöhe. Die einen herrschen und die anderen werden unterdrückt. Ich stehe heute an der Seite derjenigen, die Unterstützung brauchen; die es brauchen, dass wir Kontakte und Partnerschaften pflegen. Deswegen wollte ich nach Jena einladen. Lassen Sie uns hier weiterreden. Es ist sehr schön für mich, dass Sie alle hier sind, und ich bedanke mich, dass Sie alle gekommen sind. Ich hoffe, dass wir weiterkommen und es Ergebnisse geben wird.

Solidarität zeigen heißt zuhören und füreinander da sein. Ich möchte nicht mehr schweigen. Ich sehe nicht ein, dass wir in Deutschland aus einem falsch verstandenen historischen Verständnis den Mund halten. Ich möchte eine Debatte anregen über die deutsche Außenpolitik gegenüber Palästina und Israel. Das ist mein Ziel. Mir steht es nicht zu, zu urteilen, wer recht oder unrecht hat. Aber ich glaube, dass die Tatsache, dass Deutschland eine furchtbare Schuld durch den Holocaust auf sich geladen hat, nicht dazu führen darf, dass wir vor Unrecht zurückweichen und nichts sagen oder tun. Ich bin froh darüber, dass unser Land diese schlimme Geschichte aufgearbeitet hat, daraus gelernt und den Schluss gezogen hat, sich für Menschenrechte und

Demokratie einzusetzen. Das ist das Ergebnis der Aufarbeitung des Holocausts in Deutschland.

Wir sind heute hier, um zu zeigen, dass viele Menschen an der Seite der Menschen aus Palästina stehen, ohne gegen Israel zu sein; denn darum geht es nicht. Was wir hier tun ist, für die Zukunft von Israel und Palästina zu arbeiten, für eine friedliche Zukunft und für ein Miteinander. Wir möchten, dass sich die Strukturen der Städte für die Menschen verbessern. Ich glaube, dass wir viel voneinander lernen können. Ich bin nicht der Meinung, dass Deutschland es besser weiß, sondern dass wir auch viel lernen sollten von Ihnen aus Palästina. Zum Beispiel die wunderbare Gabe der Gastfreundschaft oder die sensible Art, auf Dinge zu reagieren. Umgekehrt sind vielleicht einige Ideen, die wir hier in Deutschland entwickelt haben, interessant für Palästina. Diese Ergebnisse wollen wir hier sammeln.

Den größten Gewinn haben wir aber schon jetzt: dass wir hier gemeinsam zusammensitzen, dass es Partnerschaften gibt und wir die Chance haben, diese Kontakte auszuweiten. Und wenn es eines Tages dazu kommt, dass die Besatzung endet, dann wird auch der Tag kommen, an dem wir trilateral mit israelischen Kommunen an einem Tisch sitzen können. Aber in den letzten zwei Jahren habe ich gelernt und verstanden, kleine realistische Schritte zu gehen. Wir sind Ihre Partner, wir freuen uns, dass wir das sein dürfen. Ich freue mich, dass wir hier in Jena sind, wo Gäste ausdrücklich willkommen sind. Wir haben ein waches Ohr für die Partnerschaften, mit denen wir verbunden sind, und es gibt bei uns sogar ein kleines, zusätzliches Investitionsbudget für Partnerstädte. Machen Sie die Augen auf und entdecken Sie die Lichtstadt Jena! Ich freue mich auf die Konferenz und auf die Zeit, die wir miteinander haben werden. Ich wünsche mir, dass Sie sich wohl und zu Hause fühlen. In diesem Sinne, Salam Aleikum und herzlich willkommen!

Begrüßung durch Dr. Jens Kreuter, Geschäftsführer Engagement Global

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie heute begrüßen zu dürfen. Oberbürgermeister Albrecht Schröter und ich haben eine Gemeinsamkeit: Wir sind beide evangelische Theologen. Ich bin aber in Westdeutschland aufgewachsen und meine Biografie hat mich dazu geführt, dass ich die Wehrpflicht verweigerte und stattdessen den Zivildienst leisten wollte. Ich war damals abenteuerlustig, wollte ins Ausland und Friedensarbeit leisten. So bin ich letztlich aus Zufall für 18 Monate nach Israel gegangen in das Versöhnungsprojekt „Nes Ammim“. Das Reisen in der Region war damals möglich, da es keine Mauern gab. Es war bewegend, in der Heiligen Nacht von Jerusalem nach Bethlehem zu wandern, und es zerreißt mein Herz, wenn ich heute die Region besuche und dies nicht mehr möglich ist. Zudem haben viele Deutsche die Begrenzung einer Mauer auch erlebt und können diese schmerzhaftige Situation nachempfinden.



Dr. Jens Kreuter

Ich möchte Ihnen allen danken – besonders auch unseren Gästen aus Palästina –, dass Sie gekommen sind. Dies ist ein großes Geschenk für uns. Es ist eine Chance für kommunale Partnerschaften, voneinander zu erzählen und zu lernen. Besonders spannend finde ich es, wenn es gelingt, Menschen über eine Partnerschaft zu erreichen, die bisher noch nicht viel über diese wussten; wenn jemand so wie ich als Jugendlicher mit Abenteuerlust loszieht und dann etwas erlebt und dabei lernt. Das ist eine große Chance und das wollen wir fördern. Partnerschaften sind eine gute Möglichkeit, verschiedene Menschen zueinander zu bringen, voneinander zu lernen und Freundschaften entstehen zu lassen. Die Aktivitäten der

letzten Jahre zeigen, dass dies gelingen kann und dass es inzwischen ein lebendiges Netzwerk an Partnerschaften gibt. Ihr Grad an Engagement ist beeindruckend; viele Projekte sind auf dem Weg. Ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit möchten wir fördern und Sie herzlich einladen, das Angebot und die Unterstützungsleistung der SKEW anzunehmen. Wenn Sie etwas machen möchten oder eine Idee haben, dann ist es unser Anspruch, Sie dabei zu unterstützen. Wir freuen uns auf die Diskussion. Ich heiße Sie herzlich willkommen, wünsche eine erfolgreiche Konferenz und freue mich auf das Gespräch. Vielen Dank!

Begrüßung durch Musa Hadid, Präsident Association of Palestinian Local Authorities (APLA)

Sehr geehrte Damen und Herren,



Musa Hadid

zu Beginn möchten wir unseren Dank ausdrücken und ich richte mich dabei an alle Teilnehmenden, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die SKEW und Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Kommunen. Vielen Dank an die Botschafterin von Palästina, Dr. Khoulood Daibes, die immer persönlich dabei war und dazu ermutigt hat, die Beziehungen zwischen deutschen und palästinensischen Kommunen zu stärken. Besonders möchte ich auch Ulrich Nitschke danken, mit dem wir viel Zeit verbracht haben. Er hat die bestehenden Partnerschaften mitbegründet, glaubt an diese und hat eine klare Vision. Es ist wichtig, dass wir gemeinsam mit unseren Freunden sein können, um wirklich Veränderungen vorantreiben zu können. Was wir heute hier erleben, ist ein Teil der Veränderung. Wir möchten auch aus den deutschen Erfahrungen lernen. Das Land hat viel erlebt und es gab viele Herausforderungen im Zuge der

Weltkriege, der Mauer und zum Schluss die Wiedervereinigung. Und nun stehen wir vor einer Mauer.

Wir haben vor uns eine Chance. Es ist notwendig, dass wir aus diesem Treffen mit einer Reflexion und Vorstellung über die Beziehungen unserer Städte herausgehen. Wir rufen zu einer quantitativen Zunahme der Beziehungen zwischen deutschen und palästinensischen Städten auf, denn das ist die Basis für Völkerverständnis. Über diese Beziehungen werden wir zu einer Situation kommen, für die wir alle kämpfen, nämlich unsere Rechte zu erlangen.

Wir können nicht über Palästina sprechen, ohne über die Realität der Selbstverwaltung zu sprechen. Die Kommunen in Palästina sind über 100 Jahre alt, unabhängig davon, welche Herrschaftssysteme existierten. Diese Kommunen haben eine wichtige Rolle gespielt für die Bevölkerung. Deswegen ist es wichtig für uns, Widerstand zu leisten, standfest zu bleiben und Dienstleistungen anzubieten. Diese Kommunen stehen vor vielen Herausforderungen, und die größte, die wir nicht ignorieren können, ist die Besatzung. Wir können die Dienstleistungen nicht erbringen durch die Vielzahl von Hindernissen, welche die Besatzung mit sich bringt. Dies fängt schon bei der Gebietsaufteilung an: Wir können nur einen kleinen Teil der Gebiete überhaupt selber verwalten. Diese Situation ist mit Problemen verbunden, mit denen wir kaum umgehen können. Aber auch die Infrastruktur wird regelmäßig zerstört. Zudem wirkt sich auch der Klimawandel auf Palästina aus und die Städte sind nicht vorbereitet, um mit den Folgen umzugehen.

Die Situation in Palästina ist derzeit sehr schwierig. Wir strecken seit Jahrzehnten die Hand für den Frieden aus mit der Hoffnung auf unsere Unabhängigkeit, aber tatsächlich stehen wir bis dato immer noch am selben Punkt. Wir sind nicht vorangekommen und es scheint, als gebe es wenig Interesse an der Gerechtigkeit für Palästina. Es ist ein schlimmer Verlust für uns, dass die Hoffnung unter den jungen Menschen – einer ganzen Generation – auf eine Zukunft, auf Frieden und Würde verloren geht. Uns bleibt nichts anderes übrig, als die Stimme zu erheben. Wir sind immer noch besetzt – im 21. Jahrhundert.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

3. EINFÜHRUNG

Tag 2: Mittwoch, 11. November 2015

Am zweiten Konferenztage brachten sich die Teilnehmenden gegenseitig auf den aktuellen Stand: Es wurden gute Beispiele vorgestellt und die Teilnehmenden diskutierten, was sie aus den bisherigen Erfahrungen lernen konnten, um darauf Fahrpläne für die Zukunft aufzubauen.

Einführung durch Dr. Albrecht Schröter, Oberbürgermeister Stadt Jena

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem wir uns gestern Abend bereits eingestimmt haben, wollen wir heute richtig beginnen. Gestern ist Helmut Schmidt gestorben und im Radio heute Morgen gab es eine Sendung zu ihm. Ein Mann erzählte, dass er Holzbalken trug, als er Helmut Schmidt begegnete, der zu ihm sagte: „Immer schön fest im Kreuz“. Er hat erst später den Sinn der Worte verstanden. Auch wir sind heute mit dieser Devise hier.

Ich möchte einige Impulse an den Beginn stellen. Zunächst möchte ich gerne auf meine Zielvorstellung eingehen. Es gibt bereits eine Reihe von Partnerschaften und seit 2013 sind weitere auf dem Weg. Ich finde diese Vielfalt, die auch die Vielfalt der Städte widerspiegelt, sehr wichtig. Wenn wir nun unsere bereits gemachten Erfahrungen austauschen und zusammenlegen, dann entsteht ein interessantes Mosaik. Wir wollen also den Vorhang aufziehen und schauen, was bisher geschah und welche guten Beispiele wir finden können. Dazu dient dieser Austausch.

Zweitens wünsche ich mir, dass die Anzahl der deutsch-palästinensischen Partnerschaften weiter zunimmt. Wir haben sieben Partnerschaften und es ist noch mehr möglich. Mein Traum wäre es, dass alle deutschen Städte mit einer israelischen Partnerschaft auch eine Partnerschaft mit einer palästinensischen Kommune eingehen würden. Es

geht um Austausch, hier begegnen sich Menschen – und zwar vor der Mauer und nicht dahinter.



Begrüßung im Rathaus

Drittens möchte ich, dass die deutschen Partnerstädte sich mehr vernetzen. Vielleicht dient diese Konferenz dazu, dass wir hier ein Netzwerk begründen, mit dem wir schnell und effektiv arbeiten können. Denn es geht nicht nur um Erfahrungsaustausch, sondern auch um schnelle Interventionen. Als uns im August die Nachricht erreichte, dass die Mauer im Cremisan-Tal weitergebaut wird, habe ich Briefe unter anderem an die Bundeskanzlerin, Herrn Netanyahu und an den Präsidenten des Europäischen Parlamentes geschrieben. Andere haben dies ebenfalls gemacht und ein Netzwerk kann dazu beitragen, dass wir schneller in der Politik intervenieren können.

Ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir bei aller Offenheit gegenüber Israel unsere Stimme erheben zur deutschen Außenpolitik im Nahen Osten. Es kann nicht sein, dass wir Waffen nach Israel liefern im Wert von über zwei Milliarden Euro. Das ist zwar nicht verboten, aber die deutsche Regierung sollte dies an Bedingungen knüpfen, damit der Mauerbau beendet, die Siedlungspolitik revidiert und eine Zwei-Staaten-Lösung herbeigeführt wird. Das muss sich ändern.

Wir müssen uns gegenseitig ermutigen in diesem politischen Feld, auch wenn es schwierig ist; aber es geht um Menschenrechte und diese sind unteilbar. Deutschland hat etwas gelernt aus dem Holocaust: dass wir nie wieder schwächere Menschen unterdrücken, nie wieder Menschenrechte mit Füßen treten, dass wir uns für Demokratie einsetzen und Menschen so leben können, dass sie ihre Menschenrechte einfordern und auf der Basis dieser leben können. Wir vergessen nicht, was damals passiert ist. Aber das ist die Schlussfolgerung in Deutschland, die auch dem palästinensischen Volk dient. Es wird keinen Frieden geben, wenn es keine Gerechtigkeit gibt. Deutschland hat die Möglichkeit und den Einfluss, für einen gerechten Frieden zu sorgen. Ich glaube, dass die Kommunen hierzu einen wichtigen Beitrag leisten können und müssen. Wir reden über die konkrete Praxis und tauschen uns aus, wir lernen voneinander, aber wir tun das mit einer klaren Perspektive und einem klaren Ziel: Frieden im Nahen Osten zu unterstützen.

Einführung durch Nicola Khamis, Bürgermeister der Stadt Beit Jala

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine Ehre, hier zu Ihnen sprechen zu dürfen. Jena ist eine sehr schöne, gastfreundliche Stadt und unsere Beziehungen verbinden uns schon seit vielen Jahren, genauso wie nach Bergisch Gladbach, wohin wir auch eine enge Freundschaft pflegen.



Nicola Khamis

Im Zuge der ungerechten Behandlung und Unterdrückung durch die Besatzungstruppen haben wir viele Menschen in Palästina verloren. Doch eine Herrschaft, die durch Gewalt errungen wird, ist letztendlich eine Niederlage. Die Besatzungstruppen haben Macht und Waffen, aber wir haben das Recht, einen unabhängigen Staat zu haben. Palästina weint um seine Jugend. Seit 1967 leiden wir unter der willkürlichen Aggression der Besatzungsarmee. Israel behauptet, mit der Mauer Sicherheit schaffen zu wollen. Doch diese Mauer kann niemanden schützen. Stattdessen schafft sie Hass. Es ist eine einseitige Entscheidung, um zwei benachbarte Völker voneinander zu trennen. Wir möchten die Besatzung beenden und damit auch die Unterdrückung und die Verletzung der Menschenrechte. Diese Situation ist inakzeptabel. Es muss öffentlich gesagt werden, dass wir einen unabhängigen Staat brauchen.

Auch wenn die Situation schwierig für uns ist, lieben wir das Leben, achten unsere Nachbarn und die Abkommen. Wir haben die Grenzen anerkannt, auch wenn das Abkommen von Oslo nur begrenzt unsere Rechte anerkennt. Heute haben wir den elften Todestag von Jassir Arafat. Er hat für das palästinensische Volk gekämpft,

war der Initiator der palästinensischen Revolution, wurde jahrelang eingeschlossen und hat sich für den Frieden eingesetzt. Er führte die Zwei-Staaten-Lösung ein – und trotzdem haben wir bis heute keinen eigenen Staat. Wir wollen immer noch den Frieden. Jassir Arafat wollte auch die Partnerschaften mit Deutschland ausweiten und unser heutiger Präsident ist diesen Weg weitergegangen. Unsere Zusammenkunft ist ein bedeutender Hinweis darauf, dass die deutsche Regierung verstanden hat, was bei uns passiert; dass Israel kein Interesse an dem Frieden hat, genauso wenig wie die Absicht, die Besatzung zu beenden – trotz der Beschlüsse und Übereinkünfte. Wir wollen die Besatzung beenden, um unsere Institutionen aufbauen zu können

Verehrte Anwesende, Beit Jala verbindet eine starke Partnerschaft mit Jena und Bergisch Gladbach, die lange gewachsen und institutionalisiert ist. Die beiden Oberbürgermeister haben uns schon mehrfach in Beit Jala besucht, sich dort an Protesten beteiligt und Gebete in der Nähe der Mauer abgehalten. Sie haben uns unterstützt im täglichen Kampf in unserer Stadt und haben sich zudem in Bereichen der Kultur und Musik engagiert. Diese strategischen Partnerschaften ermutigen uns. Sie haben es verdient, zu engen Freunden zu werden. Ich danke allen, die sich intensiv dafür eingesetzt haben, diese Konferenz auf den Weg zu bringen. Ich wünsche viel Erfolg und hoffe, dass noch viele Partnerschaften gegründet werden. Es wäre mir eine Ehre, die nächste Konferenz ausrichten zu können. Es lebe unsere Partnerschaft!

4. GRUSSWORTE

14

Dr. Khouloud Daibes, Botschafterin der Palästinensische Mission in der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrte Damen und Herren,



Dr. Khouloud Daibes

ich freue mich sehr hier sprechen zu können. Schon die Anwesenheit der Vielzahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und hochrangigen Städtevertretern zeigt die Bedeutung dieser Partnerschaftskonferenz. Der Monat November ist reich an Ereignissen für uns: Heute jährt sich der Todestag unseres Präsidenten Jassir Arafat. Am 15. November feiern wir die Unabhängigkeitserklärung von 1988 – und wir warten immer noch auf die Unabhängigkeit und Freiheit. Am 29. November feiern wir den internationalen Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Auch dieses Zusammentreffen ist ein besonderer Akt der Solidarität mit dem Volk von Palästina.

Zunächst einen großen Dank an alle, die hier mitgearbeitet haben. Besonderer Dank gilt Herrn Dr. Schröter, der viele gute Initiativen, zuletzt eine Wortmeldung zum Cremisan-Tal, gestartet hat. Sie sprechen uns aus dem Herzen. Ich versichere Ihnen, Ihre Stadt ist als eine multikulturelle und offene Stadt bekannt – wie ein „Licht“-Strahl. Mein Dank gilt auch allen anderen anwesenden Städtevertreterinnen und Städtevertretern. In der kommenden Woche wird ein Partnerschaftsvertrag zwischen Bad Oldesloe und Jifna unterzeichnet. In Köln startet eine Spendenkampagne für die Geburtskirche. Bestehende Partnerschaften sind

sehr aktiv und es befinden sich weitere in der Gründung. Beides freut mich sehr. Vielen Dank auch an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, vertreten durch Frau Scharf, für das langjährige Engagement.

Momentan gibt es auf der internationalen Agenda dringende Fragen. Aber die Palästina-Frage ist bisher ohne politische Lösung. Sie ist aber wichtig, weil sie sich auf die ganze Region entfaltet. Viele, die hier in Deutschland Zuflucht suchen, sind auch aus Palästina. Mit einigen spreche ich persönlich und ihre Geschichten berühren mich sehr. Sie rücken die Dringlichkeit für eine politische Lösung immer wieder in unser Bewusstsein. Deswegen möchte ich die Wichtigkeit dieser Konferenzen betonen, die dem Austausch und der Kontaktpflege in kommunalen Netzwerken dienen.

Palästina und Deutschland verfügen über gute, gewachsene diplomatische Beziehungen. Deutschland ist ein wichtiger Akteur für Palästina und aktiver Partner im Rahmen von verschiedenen Projekten. Ich freue mich über das Angebot von Herrn Dr. Kreuter, kreative Ideen zu unterstützen. So möchte ich Sie einladen, dieses Angebot zu nutzen. Die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene bildet eine wesentliche Grundlage für das Gelingen palästinensisch-deutscher Partnerschaft. Es ist ein guter Zeitpunkt für diese zweite Konferenz. Durch den Austausch werden Möglichkeiten und Kompetenzen gebündelt. Gerade am Beispiel von Jena lässt sich sehr deutlich erkennen, dass Stärken und Fähigkeiten von beiden Seiten zu einer innovativen und festen Partnerschaft führen können. Die daraus entstehenden Aktionen und Impulse tragen zur wirtschaftlichen Entwicklung der palästinensischen Kommunen bei. An dieser Stelle möchte ich auch die Idee des Ministers für kommunale Angelegenheiten, Dr. Hussein al-Araj, aufgreifen, die er „Cluster Drilling“ nennt; also die landesübergreifende Vernetzung europäischer und palästinensischer Städte.

Auch mir erscheint es wichtig, auf den politischen Kontext hinzuweisen, der unseren Alltag bestimmt. Insofern möchte ich die Verschlechterung der Situation, die steigende Spannung und Hoffnungslosigkeit unter den jungen Menschen in Palästina betonen. Wir alle haben die politischen Entwicklungen verfolgt und es liegt noch viel Arbeit vor uns. Seit Anfang Oktober gibt es anhaltende Eskalationen, die viele Menschen das Leben gekostet haben, zudem die Entwicklungen im Cremisan-Tal, das Elend in Gaza nach drei Kriegen in sechs Jahren, der fortschreitende Siedlungsbau usw. Aber wir sollten zur Ruhe kommen und fruchtbare Diskussionen führen, um die Lebensbedingungen und -qualität in den Städten in einer schweren Situation etwas zu verbessern. Dies bedeutet viel Arbeit, Kreativität und vor allem Mut zur Veränderung. Ich danke Ihnen, dass Sie mitwirken, und wünsche Ihnen von Herzen viel Erfolg und ein schönes Zusammenkommen mit vielen interessanten Gesprächen und Anregungen für die zukünftige Arbeit.

Stefanie Scharf, Stellvertretende Referatsleiterin Naher Osten, Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch im Namen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) möchte ich Sie gerne willkommen heißen und bedanke mich herzlich für die Einladung. Ich möchte auch unseren Gästen aus Palästina meinen Dank und große Wertschätzung aussprechen, dass sie sich dafür entschieden haben, trotz der schwierigen Situation vor Ort nach Deutschland zu reisen.

Wie Sie wissen, ist das Jahr 2015 äußerst entscheidend für die globale Entwicklung. Die internationale Gemeinschaft hat vor Kurzem in New York die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Diese Agenda liefert erstmals einen weltweit gültigen Aktionsplan mit Zielen für die nachhaltige Entwicklung und wird universell für alle Länder gültig sein. Sie enthält auch ein spezifisches Ziel für die Zusammenarbeit und Unterstützung von Städten und Kommunen, was ich sehr positiv finde. Die nationale Umsetzung der Agenda 2030 bedeutet eine gemeinsame Anstrengung in allen Politikfeldern, sowohl auf Bundesebene als auch auf Ebene der Länder und Kommunen, und

wird die Zusammenarbeit möglichst vieler gesellschaftlicher Akteure global einfordern. Dieser Weltzukunftsvertrag betrifft uns also alle. Die Herausforderungen, welche die Weltgemeinschaft zu bewältigen hat, bündeln sich oft in Kommunen und Städten, die ganz unmittelbar betroffen und direkt gefordert sind. Zum Beispiel stellt derzeit das Thema Flucht für die Kommunen ein wichtiges Thema und eine große Herausforderung dar – aber auch eine Chance! Diese Situation wird nur durch die wirksame Verschränkung der verschiedenen Ebenen zu bewältigen sein. Ich bin davon überzeugt, dass die Kommunen hier oft mit guten Beispielen vorangehen und internationalen Vereinbarungen voraus sind. Ich denke hier zum Beispiel an den fairen Handel, der auf kommunaler Ebene stärker umgesetzt wird als auf Bundesebene. Dies ist ein unmittelbarer Beitrag zur globalen Entwicklung. Deswegen ist es unser Anliegen, kommunale Partnerschaften zu unterstützen. Sie können dabei von gegenseitigem Wissenstransfer und praktischen Beispielen profitieren, auf beiden Seiten Lernprozesse anstoßen und innovative Projekte entwickeln. Es tauschen sich Menschen aus, welche die gleichen Aufgaben – wenn auch unter verschiedenen Umständen – zu bewältigen haben.



Stefanie Scharf

Durch den direkten Kontakt mit der Bürgerschaft nehmen die Kommunen zudem eine sehr wichtige Rolle in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ein. Sie haben durch kommunale Partnerschaften die Möglichkeit, längerfristig vertrauensvolle Beziehungen auch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern der Partnerkommunen herzustellen. Dabei sensibilisieren wir für globale Themen und mobilisieren für weltweites Engagement. Diese Kooperation kann auch ein gemeinsames Dach für das Engagement der Kommunen und der

Zivilgesellschaft bilden. Für das BMZ ist zivilgesellschaftliches Engagement eine wichtige Säule der gemeinsamen Entwicklungspolitik – und dieses Engagement passiert auch viel vor Ort in den Kommunen. In Deutschland gibt es derzeit etwa 500 entwicklungspolitisch aktive Kommunen. Hier liegt ein erhebliches Potenzial für zusätzliches Engagement. Wir möchten mehr Kommunen motivieren, sich zu engagieren, und bereits engagierte Kommunen stärker unterstützen. Eine Veranstaltung wie heute ist natürlich ein bestes Beispiel dafür, wie Engagement aussehen kann, und das sollte auch eine Breitenwirkung für viele andere Kommunen in Deutschland haben.

Zur Förderung des kommunalen Engagements hat das BMZ im Jahr 2013 einen eigenen Haushaltstitel geschaffen, der für 2016 deutlich wachsen soll. Dies ist auch als eine Würdigung Ihres Engagements zu verstehen. Ich hoffe, dass die Erhöhung der Mittel zum Weitermachen ermutigt. Ich freue mich, dass es in Kürze auch eine erste Förderung in Palästina aus dem Programm „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa) geben wird, und zwar ein Wasserprojekt im Rahmen der Städtepartnerschaft Mannheim – Hebron. Dies ist eine gute, zusätzliche Möglichkeit, die Partnerschaften in die konkrete Umsetzung zu bringen.

Lassen Sie mich noch ein paar allgemeine Worte zur deutsch-palästinensischen Entwicklungszusammenarbeit sagen. Übergreifendes Ziel unserer Zusammenarbeit ist es, die Rahmenbedingungen für eine friedliche und inklusive Entwicklung aufrechtzuerhalten und damit auch die Voraussetzungen für eine Zwei-Staaten-Lösung zu garantieren. Zentrales Anliegen der deutsch-palästinensischen Zusammenarbeit ist es, zum Aufbau eines künftigen Staates in Palästina beizutragen. Um dieses Ziel zu erreichen, richten wir uns anhand dreier Bedarfe aus:

1. Wir wollen die soziale Kohäsion stärken. Regionale und soziale Disparitäten sowie territoriale Desintegration sollen nicht weiter verschärft werden. Das heißt für uns, auch in Gaza, in den C-Gebieten³ und Ostjerusalem weiterhin aktiv zu sein und unser Engagement auszubauen. Wir wollen beispielsweise versuchen, mehr Leute aus Gaza in Trainings in die West Bank und nach Deutschland zu bringen, zum Beispiel im Bereich der Berufsbildung für den Tourismussektor oder der Nahrungsmittelverarbeitung: Teilnehmende aus Gaza haben wir dafür in die West Bank gebracht. Das war nicht einfach, aber die Anstrengung war es wert, um den Zusammenhalt zwischen den verschiedenen Teilen der Palästinensischen Gebiete zu unterstützen.
2. Wir wollen die Möglichkeiten der politischen und sozialen Teilhabe der gesamten Bevölkerung stärken. Hier möchte ich als Beispiel ein Projekt zur Stärkung von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten und politisch aktiven Frauen nennen, welches wir derzeit umsetzen.
3. Wir wollen dazu beitragen, die Lebensgrundlage zu sichern und zu verbessern. Als Beispiel möchte ich unsere großen Investitionen in den Bildungssektor nennen. Wir investieren in den Bau von Schulen und arbeiten eng mit dem palästinensischen Bildungsministerium zusammen. Für alle diese Ziele, die ich genannt habe, ist die Zusammenarbeit mit den palästinensischen Kommunen unabdingbar und ein Kernstück unserer Arbeit. Zum Beispiel sind die Projektträger unserer großen Infrastrukturvorhaben im Wassersektor meist die Wasserbehörden auf kommunaler Ebene. Wir unterstützen den palästinensischen kommunalen Entwicklungsfonds (MDLF), in enger Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium, und tragen zu Reformen auf der kommunalen Ebene bei. Die Qualität der Beziehungen zwischen dem Zentralstaat und der kommunalen Ebene ist dabei ein zentraler Faktor. Wir unterstützen die palästinensischen Kommunen dabei, ihrer Rolle gerecht zu werden. Wir unterstützen innovative Ansätze, wie zum Beispiel die Stärkung der Partizipation von Jugendlichen auf kommunaler Ebene durch das Projekt „Youth Creates Change“. Dahinter steckt der Gedanke, dass eine stärkere Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern eine

3 Im C-Gebiet (ca. 60 Prozent des Westjordanlandes) ist Israel für alle auf das Land bezogenen zivilen Angelegenheiten wie Landvergabe, Planung und Bau, Infrastruktur und Wasser sowie die Innere Sicherheit zuständig.

große Chance für die kommunale Politik bietet. In diesem Fall habe ich den Eindruck, dass dies auch für die deutschen Kommunen ein interessanter Ansatz wäre und sich dieses Wissen zurückspielen ließe für eine Umsetzung der Partizipation hier in Deutschland.

Ich danke Ihnen im Namen des BMZ für das vielfältige Engagement, wünsche Ihnen einen fruchtbaren Fachaustausch und kann nur unterstützen, was Herr Dr. Schröter sagt: Auch ich würde mich freuen, noch weitere deutsche Kommunen für Partnerschaften mit palästinensischen Kommunen zu gewinnen, diesen Kreis hier auszuweiten und bei der nächsten Konferenz noch mehr Vertreterinnen und Vertreter dabei zu haben. Vielen Dank!



Im September 2015 wurde der Beit Jala Platz in Bergisch Gladbach eingeweiht. Die Botschafterin war dabei und die Stadt übergab ein Straßenschild zur Erinnerung an diesen Moment.

5. STANDORTBESTIMMUNG BÜRGERMEISTERFORUM



Das Bürgermeisterforum

Unter der Moderation von Ulrich Nitschke fanden sich folgende Städtevertreterinnen und -vertreter auf dem Podium zusammen: Vera Baboun (Bürgermeisterin Bethlehem), Prof. Dr. Daoud Zatar (Bürgermeister Hebron), H.E. Sameeh Tubaila (Bürgermeister Nablus), Hani Abdalmasih Al Hayek (Bürgermeister Beit Sahour), Musa Hadid (APLA) sowie Dr. Albrecht Schröter (Oberbürgermeister Jena), Dr. Peter Kurz (Oberbürgermeister Mannheim), Andreas Wolter (stellvertretender Bürgermeister Köln), Lutz Urbach (Bürgermeister Bergisch Gladbach) und Dr. Peter Pluschke (stellvertretender Bürgermeister Nürnberg).

Ulrich Nitschke (Moderation): Herzlich willkommen auf unserem Podium! Zunächst möchte ich der Bürgermeisterin von Bethlehem, Vera Baboun, einige Fragen stellen. Was lernt Bethlehem aus der kommunalen Partnerschaft unter der Bedingung der Besatzung? Wie sehen die Perspektiven aus und was lernen Sie voneinander?

Vera Baboun: Zunächst vielen Dank für die Einladung und für die Ausrichtung der Konferenz. Eine Zusammenarbeit und Partnerschaft kann nur dann sinnvoll sein, wenn die Besatzung nicht mehr

existiert. Unsere Partnerschaft mit Köln beschränkt sich nicht nur auf die Partnerschaft der Stadtverwaltungen, sondern bezieht sich auf die Städte als Ganzes, also auch auf den Privatsektor und die Öffentlichkeit. Gerne würde ich aber auf Folgendes hinweisen: Die kommunalen Partnerschaften richten sich einerseits auf Entwicklungsprogramme, aber auf der anderen Seite arbeitet die Besatzungsmacht gleichzeitig gegen das, was wir umsetzen wollen. So planen wir seit einem Jahr, Wasserleitungen zu legen, aber die Wasservorratspeicher liegen im C-Gebiet und wir können dieses Vorhaben nicht umsetzen. Wo ist also die Effizienz und Auswirkung des Projektes? Es muss demnach zunächst die Besatzung beendet werden, damit wir lokale Verwaltungsstrukturen aufbauen und effizient arbeiten können. Ich möchte deshalb vorschlagen, dass Partnerschaften einen stärkeren politischen Charakter annehmen sollten. Dies sollte sich nicht nur auf die bilateralen Beziehungen beschränken, sondern auch auf kommunale Netzwerke. Deutsche Kommunen sollten sich austauschen können, wie die palästinensischen Kommunen insgesamt unterstützt werden können. So können wir Ergebnisse für alle schaffen, auch in Bezug auf bestimmte Inhalte; denn wir haben alle

ähnliche Probleme. Ich hoffe, dass wir eine klare Strategie entwickeln und vorankommen. Vielen Dank.



Vera Baboun spricht auf dem Podium

Ulrich Nitschke: Vielen Dank an Vera Baboun. Meine nächste Frage richtet sich an den stellvertretenden Bürgermeister Andreas Wolter der Stadt Köln, die seit Langem eine Partnerschaft mit Bethlehem pflegt. Dr. Albrecht Schröter hat heute Morgen vorgeschlagen, ein Netzwerk deutscher Kommunen zu etablieren mit dem Ziel, nicht nur die bestehenden Partnerschaften zu festigen, sondern auch die Inhalte durch schnelles Reagieren in politischen Zusammenhängen zu stärken. Was müsste Ihrer Meinung nach so ein Netz leisten?

Andreas Wolter: Für uns ist wichtig, wenn wir über Netzwerke sprechen, dass wir uns auf die kommunalen Möglichkeiten konzentrieren. Wir sollten nicht mit dem Gedanken in die Falle tappen, dass wir als Kommunen eine bessere Außenpolitik machen würden. Wir machen keine staatliche, sondern eine kommunale Außenpolitik. Dabei ist die europäische Partnerschaftsbewegung eine der größten Friedensbewegungen, die wir hatten, und schließt den kompletten Mittelmeerraum ein. Wichtig für die Partnerschaftsbeziehung ist auch die verschärfte Problemlage in Palästina, nicht nur der Konflikt mit Israel, sondern in der gesamten Region. Somit ist die Stärkung der Kommunen ein wichtiger Punkt, wo wir unseren Beitrag leisten können, denn die Kommunen sind das Fundament für einen starken Staat. Köln hat zudem gute Beziehungen zu Tel Aviv. Hier sind wir bemüht, trilateralen Austausch zu fördern. Wir sprechen auch darüber, was hinter der Mauer passiert, wobei Tel Aviv eine sehr liberale Stadt ist. Wir legen aber

großen Wert drauf, hier sensibel zu sein, um unsere Freunde aus Palästina zu schützen.

Ulrich Nitschke: Vielen Dank, Andreas Wolter. Kommen wir nun zu der jüngeren Partnerschaft zwischen Hebron und Mannheim. Bürgermeister Professor Zadari, was lernt Hebron von Mannheim? Welche Perspektiven gibt es in dieser Partnerschaft auch für die Bürgerinnen aus Hebron, wenn Sie im Kontakt sind mit Mannheim?

Prof. Dr. Daoud Zadari: Vielen Dank auch von meiner Seite an alle, die bei dieser Konferenz mitgewirkt haben. Auch der SKEW und dem BMZ möchte ich für die Unterstützung des Projektes im Wasserbereich danken. Ich hoffe, dass sich diese Unterstützung auch auf andere Bereiche ausweitet. Wir sind noch eine sehr junge Partnerschaft, pflegen aber jetzt schon eine besondere Beziehung zu der Stadt Mannheim. Insgesamt gibt es derzeit sieben palästinensisch-deutsche Partnerschaften. Wenn wir hören, dass mit israelischen Kommunen rund 100 Partnerschaften bestehen, dann wünschen wir uns von der deutschen Seite mehr Vernetzung und die Ausweitung der Beziehungen mit Palästina. Diese Beziehungen sollten nicht nur zwischen den Stadtverwaltungen bestehen, sondern die breite Bevölkerung einbeziehen. Doch dies kann nur Erfolg haben, wenn die Besatzung beendet wird; denn diese beherrscht zusammen mit dem Siedlungsbau und der Annektierung von Land unseren Alltag und Israel ist an einer Zwei-Staaten-Lösung nicht interessiert. Vielen Dank.



Prof. Dr. Daoud Zadari

Ulrich Nitschke: Vielen Dank, Professor Zadari. Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, Dr. Peter Kurz, diese junge Partnerschaft hat eines der ersten konkreten Wasserprojekte auf den Weg gebracht. Nun kommen auch andere Erwartungen

auf Sie zu. Wie gehen Sie damit um und was ist Ihre Perspektive für die Partnerschaft?

Dr. Peter Kurz: Gerne möchte ich die Frage zur Diskussion stellen, was die richtige Strategie ist. Wir haben hier zum einen den Wunsch, die Partnerschaften auszuweiten, und zum anderen die Besetzung zu beenden. Gleichzeitig wurde klar formuliert, dass Partnerschaften politisch sein sollen. An dieser Stelle entstehen Zielkonflikte über das Vorgehen, wie wir weitere Kommunen für Partnerschaften ansprechen könnten. Ich denke, dass eine Partnerschaft automatisch politisch wird und im Zuge der konkreten Erfahrung zu Erkenntnissen führen kann: Nicht über ein Windrad reden zu können, weil die Genehmigung und Umsetzung unrealistisch ist, macht sofort klar, dass wir uns nicht in einem normalen Partnerschaftsverhältnis befinden. Gleichzeitig ist diese eingeschränkte Realität meiner Meinung nach nicht präsent in der deutschen Öffentlichkeit. Wenn eine Partnerschaft auf einer unmittelbaren Positionierung gründen soll, liegt die Hürde für weitere Kommunen somit recht hoch. Es ließe sich aber umgekehrt sagen, dass sich aus der historischen Verantwortung auch eine Verantwortung für die Region insgesamt ergibt. Auf dieser Basis öffnen sich auch Türen für Beziehungen mit palästinensischen Kommunen. Die konkrete Erfahrung wird den Prozess automatisch politisieren und die Besetzung auf die Tagesordnung setzen. Der Einstieg mit zunächst konkreter Arbeit kann vielleicht die Sorge nehmen, sich unmittelbar positionieren zu müssen, und kann uns dann schrittweise in eine andere Dimension mit politischen Zielen bringen.



Dr. Peter Kurz

Ulrich Nitschke: Vielen Dank Dr. Peter Kurz für diesen klaren und strategischen Einstieg. Das bezieht sich auch auf die Vorschläge, die wir bisher gehört haben. Die jüngste Partnerschaft besteht seit etwa vier Wochen zwischen Nablus und Nürnberg. Dr. Peter Pluschke, was bewegt Nürnberg? Was erhoffen Sie sich bezogen auf konkrete Projekte und die politische Situation, die Herr Dr. Kurz angesprochen hat?

Dr. Peter Pluschke: Die Partnerschaft ist eigentlich gar nicht so jung, die Kooperation hat bereits eine zehnjährige Geschichte. Doch die Tatsache, dass konkrete Schritte so lange dauern, zeigt, dass es in Nürnberg nicht einfach ist, über so eine Partnerschaft zu reden. Für uns war der Weg zum Ausgleich in den Nachkriegsjahren der Austausch mit den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern. Daraus ist eine Partnerschaft mit der israelischen Stadt Hadera entstanden. Dieser Hintergrund ist wichtig, wenn wir heute mit Nablus sprechen, und wir versuchen auch, den Dialog in beide Richtungen anzustoßen. So konnten wir uns in Nürnberg mit unseren Kollegen aus Nablus und dem Vorstand der deutsch-jüdischen Gemeinde austauschen und frei miteinander sprechen. Ein Ziel dieser Kooperation ist es für uns, Verständnis für die Lage in Palästina in der eigenen Zivilgesellschaft zu wecken. Es ist in der Tat wenig bekannt, wie dramatisch schwierig die Situation vor Ort ist. Die Partnerschaft kann hier einen Beitrag leisten, auch im Hinblick auf das Prinzip der universellen Gültigkeit der Menschenrechte, dem wir uns verpflichtet fühlen.



Dr. Peter Pluschke

Ulrich Nitschke: Vielen Dank. Was erhofft sich Nablus von der Kooperation mit Nürnberg?

H.E. Sameeh Tubaila: Auch ich möchte mich an erster Stelle bedanken. Diese Treffen sind sehr wichtig, da wir hier voneinander lernen und miteinander reden können. Wir stehen zwar unter Besatzung, aber wir haben viele Erfahrungen, die sich von anderen Ländern oder Kommunen unterscheiden. Wir bestehen darauf, dass wir ein friedliches und sicheres Leben haben. Es ist mir eine Ehre, dass ich aus Nablus komme, wo Muslime, Christen und Juden friedlich zusammenleben, mehr als Sie sich vorstellen können. Wir haben kein Problem der Religion, sondern ein Problem des Areals. Auch nach vielen Jahren der Verhandlung sind wir heute immer noch nicht zum Frieden gekommen. Werden unsere Enkel den Frieden erreichen und erleben? Wie lange soll diese Situation noch weitergehen? Wann wird endlich anerkannt, dass auch wir Menschen sind? Wir bestehen auf unserer Freiheit und auf unserer Würde. Wir haben eine Partnerschaftvereinbarung mit Nürnberg unterzeichnet und ich bedanke mich bei Nürnberg für die Müllfahrzeuge und hoffe, dass unsere Zusammenarbeit konstruktiv wird. Wir bieten alles, was wir haben, auch unsere Liebe. Wer nicht liebt, kann nicht geben, es ist die Grundlage des gesamten Lebens.

Ulrich Nitschke: Vielen Dank. Kommen wir nun zu Beit Sahour. Was erwartet sich Beit Sahour, sowohl im Hinblick auf strategische Ansätze als auch auf ein deutsches oder europäisches Netzwerk?

Hani Abdalmasih Al Hayek: Vielen Dank auch von meiner Seite. Uns berühren diese Beziehungen. Mit Xanten haben wir die Beziehungen vor mehr als sieben Jahren begonnen, Christian Strunk war damals Bürgermeister. Es hat lange gedauert, bis ich ihn von der Partnerschaft überzeugen konnte, da er viele Zweifel hatte. Als wir eines Tages gemeinsam in Beit Sahour waren, kamen wir mitten in der Stadt an einem israelischen Checkpoint vorbei, wo sie seinen Pass verlangten und Fragen stellten. Es war reiner Zufall. Er sah, dass unsere Kinder jeden Tag an diesen Gewehren vorbeimüssen, wenn sie auf den Spielplatz wollen. Seit dem Tag hat sich seine Einstellung verändert. Heute ist er unser stärkster Unterstützer. Auch wenn seine Kommune klein ist, hat sie sich beteiligt, Schüleraustausche

organisiert und Unterstützung geleistet. Wir konnten auch zivilgesellschaftliche Beziehungen aufbauen; offizielle Institutionen sind zwar die Brücken, aber das Wichtigste sind die Beziehungen zu den Menschen selbst. Wir sollten somit ein starkes europäisches Netzwerk mit palästinensischen Kommunen und Menschen etablieren, damit wir unseren eigenen Staat aufbauen können, denn dies bedeutet für uns Zukunft, Heimat und Leben – auch für unsere Kinder.

Ulrich Nitschke: Vielen Dank, auch für den wichtigen Hinweis auf die Bürgerpartnerschaften. Das ist auch der Ansatz von Bergisch Gladbach und Beit Jala. Lutz Urbach, was ziehen Sie als Bürgermeister aus der Partnerschaft und wie verankern Sie Ihre Partnerschaft in der Zivilgesellschaft?

Lutz Urbach: Nach Köln sind wir die zweite Stadt, die eine Partnerschaft mit einer palästinensischen Gemeinde eingegangen ist. Als wir uns auf den Weg gemacht haben, hatte es schon eine politische Dimension, denn wir haben diese israelisch-deutsche Geschichte, welche sich auch in unseren Handlungen niederschlagen muss. Deswegen ist es in der Tat schwierig und führt zunächst zu nachvollziehbarer Sorge und Zurückhaltung. Aber unsere Erfahrung ist es, auch mit anderen Partnerstädten, dass es meistens von alleine läuft. Wir haben zwar auch „betreutes Reisen“, bei dem sich immer die gleichen Personen gegenseitig besuchen, was ich nicht unterstütze. Aber wir haben beispielsweise bei unserem Stadtfest im letzten Jahr ein Rollstuhl-Basketballspiel mit Jugendlichen organisiert, bei dem eine palästinensisch-israelische Mannschaft gegen eine deutsche Mannschaft gespielt hat. So können die Jugendlichen ein ganz anderes Bild voneinander bekommen, als wenn sie sich noch nie begegnet sind. Sport und Kultur, besonders im Jugendbereich, sind für mich hervorragende Brücken der Verständigung.

Ulrich Nitschke: Musa Hadid, was lässt sich aus der Perspektive von APLA strategisch erreichen? Wie lassen sich diese Kooperationen ausbauen?

Musa Hadid: Städte nehmen eine wichtige Rolle beim Staatsaufbau ein, sodass wir sie entsprechend vorbereiten und unterstützen wollen. Doch wir sind derzeit abgetrennt von der weltweiten Entwicklung und diese Situation ist schwer für uns. Wir wünschen uns von den deutschen Kommunen qualitativ hochwertige Beziehungen, die

konkrete Projekte umfassen, die unseren Städten ein Fortkommen ermöglichen, zum Beispiel durch Erfahrungsaustausch über Verwaltungs- und Dienstleistungsstrukturen. Auch wir wollen und können etwas geben, zum Beispiel im Kulturbereich oder Eigenschaften wie unsere Standfestigkeit. Wir wollen Beziehungen aufbauen, die auf Überzeugung und nicht auf Schamhaftigkeit und Ungleichgewicht basieren, die beiden Seiten etwas nutzen und auch die Zivilgesellschaft einbeziehen. Wir wollen Beziehungen, die nachhaltig, verlässlich und auch über die Legislaturperioden hinaus stabil sind. Wir wünschen uns eine klare Solidarisierung, gegebenenfalls auch durch Intervention, denn wir stehen immer noch unter Besatzung. Trilaterale Beziehungen sind schwierig für uns, denn die Voraussetzung wäre, dass wir gleichrangig, auf Augenhöhe an einem Tisch sitzen können. Doch solange Israel uns besetzt, ist dies nicht möglich. Die Menschen sollten mit eigenen Augen sehen, was bei uns passiert. Deswegen möchte ich alle Vertreterinnen und Vertreter einladen zu einem Studienbesuch nach Palästina.

Ulrich Nitschke: Vielen Dank. Ich möchte gerne zu der strategischen Frage zurückkommen. Wie verbreitern wir Partnerschaften und wie lässt sich dies mit der kommunalen Außenpolitik vereinbaren?

Dr. Albrecht Schröter: Die Idee der offiziellen Studienreisen unterstütze ich, auf diese Weise kann es mehr Multiplikatorinnen und Multiplikatoren geben, damit die Menschen sich ihre eigene Meinung bilden können. Es gibt daneben bereits einen konkreten Entwurf, mehr Menschen über Tourismus nach Palästina zu bringen. Die meisten Tourismusgruppen übernachteten bisher nur in Jerusalem, was dazu führt, dass das palästinensische Hotelgewerbe abgehängt wird. Wir könnten beispielsweise mit Volkshochschulen, Reisebüros oder Kirchen sprechen und gezielt Reisen nach Palästina organisieren. Zudem mache ich mir Sorgen um das Weggehen der Christen aus Palästina, weil auch sie Katalysatoren für den Frieden sind. Vielen europäischen Christen ist nicht klar, dass diese alte Tradition dort verloren geht. Es sollte deshalb auch ein Ziel sein, sich auch aus christlicher Perspektive um die Situation zu kümmern.



Ulrich Nitschke moderiert das Forum

Wortmeldungen aus dem Plenum:

Suleiman Abu Dayyeh (Friedrich-Naumann-Stiftung, Palästina): Ich möchte an die deutschen Städte und Oberbürgermeister appellieren, mehr Mut zu fassen, zu den humanistischen Prinzipien zu stehen und ihre Überzeugung ohne Einschränkung zu vertreten. Ich spüre, dass viele Deutsche sich zurückhalten, ihre Positionen zu vertreten. Nicht dass sie die Vergangenheit vergessen sollen, ganz im Gegenteil: Es geht darum, sich aus dem Bewusstsein der Vergangenheit heraus mutig der Gegenwart zu stellen. Ein guter Weg wäre der palästinensische Tourismus. Es ist eine Möglichkeit sich kennenzulernen und leistet darüber hinaus einen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft und zur Beschäftigung von Jugendlichen. Sie können auch Menschen aus Palästina in Ihre Städte einladen, um über die Realität vor Ort zu berichten, zum Beispiel an Schulen, Universitäten oder Volkshochschulen. Dadurch konfrontieren Sie die deutsche Öffentlichkeit mit der Realität vor Ort. Das palästinensische Schicksal wurde lange vergessen und es ist an der Zeit, etwas zu tun und Solidarität zu zeigen.

Frieder Wolf (Stadt Köln): Ich möchte bemerken, dass ich die wachsenden Partnerschaftsbeziehungen erst einmal sehr positiv sehe. Wir waren lange die einzige Stadt mit einer palästinensischen Partnerschaft. Es war mir wichtig zu erzählen, dass es funktioniert, und die bestehenden Ängste abzubauen, die ja nicht unberechtigt sind. Es stellt sich in diesem Kontext auch die Frage, mit wem genau wir solidarisch sind. Wir möchten beispielsweise auch solidarisch mit unserer Partnerstadt Tel Aviv sein, sind es aber nicht mit den Siedlern, religiösen

Fundamentalisten und auch nicht mit allen Gruppierungen in Palästina. Aber wir haben einen gemeinsamen Nenner: die Anerkennung des jeweils anderen Staates auf der Basis der Osloer Prinzipien. Wir hatten auch schon immer die Partnerschaft mit Tel Aviv und wir wollen Verständigung und Zusammenarbeit ermöglichen. Aber wir sehen unsere Beziehungen zunächst bilateral. Wenn sich trilaterale Beziehungen ergeben, dann freuen wir uns, denn letztendlich geht es nur zusammen. Drei Punkte erscheinen mir abschließend wichtig: Erstens muss man Widerstand aushalten können und ein starkes Rückgrat haben. Zweitens ist die Rolle der Zivilgesellschaft wichtig und drittens die konkrete Umsetzung von Projekten.



Frieder Wolf

6. VORSTELLUNG VON KONKRETER DEUTSCH-PALÄSTINENSISCHER PARTNERSCHAFTSARBEIT

Input von Mathias Gritzka, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Mathias Gritzka

Mathias Gritzka stellt einige Aktivitäten des „Local Governance Reform Programme“ 2015 bis 2018 der GIZ in Palästina vor. Übergeordnetes Ziel des Programms ist es, ein Unterstützungsangebot für die Kommunen zu leisten, damit diese bedarfsgerechte Angebote für Bürgerinnen etablieren können.

1. **Social accountability:** Ziel ist es, dass die soziale Verantwortung anhand von Indikatoren und kommunalen Leitlinien zum Gegenstand des kommunalen Handelns wird. Hier haben wir auch das Programm „Youth creates change“, wo wir junge Journalistinnen einbinden und in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für kommunale Entwicklung Grundsatzpapiere entwickelt haben. Außerdem möchten wir zusammen mit unseren Partnern Beteiligungsprozesse initiieren, damit die Bevölkerung in Planungsprozesse und die Umsetzung ihrer Anliegen eingebunden wird.
2. **One-stop shops:** Dies sind Bürgerbüros, die bisher in neun Kommunen eingerichtet wurden, wo es bedarfsgerechte Dienstleistungen aus einem Guss gibt, welche die Menschen vor Ort beantragen

können.

3. **Geografische Informationssysteme (GIS):** Ziel ist es, relevanten Stakeholdern im Bereich der kommunalen Entwicklung Zugriff auf Informationen zu geben, zum Beispiel im Bereich der Landnutzung. Integrierte Planungsansätze werden hierdurch gestärkt.
4. **„City-to-City Programme“ und „Regional Exchange Network“:** Beim „City-to-City Programme“ haben wir Kontakte initiiert und Beratungen zu Kooperationsprojekten zwischen verschiedenen Städten durchgeführt, auch im Bereich der internationalen Kooperation. Im Rahmen des „Regional Exchange Network“ hat das Ministerium für kommunale Entwicklung sich mit dem südafrikanischen Äquivalent über relevante Thematiken, wie zum Beispiel strategische Planung, ausgetauscht.
5. **Technical hubs:** Dies sind Netzwerke zum Austausch auf interkommunaler Ebene. Es geht darum, dass Mitarbeiterinnen der Kommunen sich zu ihren Fach- und Themenbereichen austauschen können. Diese Strukturen sollen nach der Konsolidierungsphase von APLA übernommen werden.

Input von Musa Hadid, Präsident Association of Palestinian Local Authorities (APLA)

Wenn wir über Kommunen reden, müssen wir auch über Kommunalverbände sprechen. Der palästinensische Verband Association of Palestinian Local Authorities (APLA) wurde 1997 gegründet und war einer der ersten, der in der MENA-Region aktiv wurde. Der Verband sollte die freiwilligen kommunalen Mitglieder gegenüber der Zentralregierung unterstützen bzw. eine Koordination dieser Ebenen ermöglichen. Zudem sollte er den Kommunen Möglichkeiten für den Aufbau von Kapazitäten und für den Austausch über Gesetze und Regelungen bereitstellen. Zuletzt war der Verband kaum mehr aktiv.

Die Bürgermeister haben sich nun darauf geeinigt, diesen wieder zu beleben und erste Schritte

eingeleitet, wie zum Beispiel die Formulierung der Aufgaben auf den verschiedenen Ebenen: auf der kommunalen Ebene, auf Ebene der Zentralregierung und auf der Kooperationsebene zwischen Kommunen und den internationalen Partnern. Wir wollen auch die Beziehungen zu anderen Verbänden aufbauen und haben vor zehn Tagen eine Kooperation mit dem niederländischen Kommunalverband vereinbart. Sie unterstützen uns bei dem Wiederaufbau des Verbandes. Wir wollen wir uns erst einmal intern aufbauen und erstellen derzeit eine Strategie und eine Roadmap für APLA. Dann können wir weiter überlegen, wie wir auch mit anderen Verbänden zusammenarbeiten könnten.

Ein Thema, das uns am Herzen liegt, ist der Aufbau von Know-how und Kapazitäten. Wir haben kaum Informationen über Geschehnisse in anderen Kommunen weltweit, aber wir wollen auch gute Dienstleistungen anbieten. Bisher können wir dies aufgrund der veralteten palästinensischen Gesetze nur in geringem Maße verwirklichen und die Leistungen beschränken sich auf die Bereiche Abfall und Abwasser. In Deutschland sind die Kompetenzen in vielen Bereichen auf lokale und regionale Ebenen aufgeteilt, auch im Gesundheits- oder Bildungsbereich. Durch den Kommunalverband beginnen wir nun zu eruieren, welche Rolle die Kommunen beispielsweise bei der wirtschaftlichen Entwicklung spielen können. Der Erfahrungsaustausch in diesem Bereich und die Kooperation mit dem Privatsektor könnten auch gut in das Feld der kommunalen Partnerschaften fallen und neue Horizonte eröffnen.

Daneben haben wir bereits Vorschläge erarbeitet für die Rolle und Aufgaben der Kommunalräte, welche wir dem Ministerium und der Zentralregierung vorlegen. Letztendlich geht es nur mit einer guten Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen. Da uns aber seit 2007 die Grundlage der Legislative fehlt, möchte APLA versuchen, diese Beziehungen zu strukturieren und zu organisieren. Die Kommunen sind der Bevölkerung am nächsten und erfahren von den Bedürfnissen vor Ort. Die Zentralregierung spricht zwar über Dezentralisierung, aber bisher gibt es noch keine klare oder gemeinsame Linie. Die Kommunen sind der Meinung, dass eine Dezentralisierung die Möglichkeiten von allen verbessert, indem Kompetenzen klar zugewiesen werden. Aber dies darf nicht nur symbolisch sein und muss auch umgesetzt

werden. In jedem Fall muss die Dezentralisierung schrittweise erfolgen und von der Zentralregierung initiiert und gewollt werden; ansonsten besteht die Gefahr, gegeneinander zu arbeiten.



Musa Hadid

Wortmeldungen aus dem Plenum:

Prof. Dr. Daoud Zadari: Der Präsident Mahmud Abbas war bei einem der letzten Treffen dabei und unterstützt den Kommunalverband, um der Bevölkerung vor Ort dienen zu können. Ich möchte außerdem anmerken, dass wir uns Input und Unterstützung wünschen von den deutschen Kommunen im Hinblick auf die Auffassung, was Dezentralisierung genau beinhaltet und bedeutet. Kommunen können doch nur handlungsfähig sein, wenn sie finanziell nachhaltig und wirtschaftlich handeln können. Doch wie kann das gehen unter der Bedingung der Besatzung? Ich plädiere hier für einen Know-how-Transfer, wie wir am besten von einer Zentralverwaltung zu dezentralen Strukturen kommen können.

Dr. Peter Kurz: Es ist wichtig, dass es einen starken Kommunalverband gibt. Gerade auch unter dem Aspekt der weltweiten Entwicklung und der Globalisierung, wo lokale Bezüge wieder stärker an Bedeutung gewinnen – als direkte Reaktion auf das, was wir als zunehmende Machtlosigkeit wahrnehmen. Dieser Punkt ist also nicht nur wichtig für Palästina, sondern auch im Rahmen der internationalen Debatte. Ein anderer Aspekt ist, dass die Idee der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland sehr ausgeprägt ist und sogar Verfassungsrang hat, sich aber auch weltweit zunehmend verbreitet. Es gibt auch eine „Charta für kommunale Selbstverwaltung“ des Europarates, die mittlerweile 47 Staaten unterschrieben haben und

von dem Weltverband der Städte und Gemeinden UCLG [United Cities and Local Governments] begleitet wurde. Auf der Habitat-III-Konferenz soll versucht werden, diese Charta auf UN-Ebene zu heben und damit weiter zu internationalisieren. Vielleicht ist dieser Hinweis nützlich für die weitere Diskussion; vielleicht könnte man die Regierung fragen, ob sie diese Charta mittragen würde.

Vera Baboun: Ich möchte auf weitere Herausforderungen hinweisen in Bezug auf die kommunalen Verwaltungsstrukturen: Erstens ist es durch die geografische Lage und den Mauerbau sehr schwierig, zwischen den Kommunen zu kommunizieren. Jede Kommune ist auf sich gestellt. Zweitens unterstützt die Regierung die kommunalen Strukturen nicht und es gibt auch kein vorgesehenes Budget. Dies hat Auswirkungen auf die Leistungen, die wir als Kommunen anbieten können. Drittens wird ein Teil der Einnahmen an das Finanzministerium überstellt und deswegen ist es schwierig, Gelder für sich selber zu generieren.

H.E. Sameeh Tubaila: Ich freue mich sehr über die konstruktive Kritik und bin froh, dass ich hier in zwei Funktionen da sein und somit beide Seiten vertreten kann. So kann ich vielleicht den richtigen Weg für eine Lösung finden. Ich werde die Ergebnisse unserer Diskussion direkt an die Regierung übermitteln und bin mir sicher, dass die Zentralregierung auch daran interessiert ist, die Prozesse der Dezentralisierung voranzubringen.



H.E. Sameeh Tubaila

Dr. Albrecht Schröter: Ich freue mich über diese Entwicklungen. Als Präsidium des Deutschen Städtetags brauchen wir einen starken Partnerverband. Je besser dieser arbeitet, desto besser können wir auch auf der Ebene der beiden Verbände arbeiten und Unterstützung leisten. Wir können viel über

Abfall und Weiteres reden, aber die Selbstverwaltung ist ein zentrales Thema und ich werde dieses Anliegen in das Präsidium des Städtetags mitnehmen. Ich wünsche mir hier eine enge Partnerschaft zwischen den Verbänden. Ich transportiere dies auch gerne an die Bundesregierung und an das BMZ, möchte aber auch ein paar Bemerkungen machen: Ich habe im Laufe des Lebens gelernt, dass fremde Flicker nicht auf einen anderen Mantel gehören. Wir können von deutscher Seite Anregungen und Erfahrungen weitergeben, was bei uns, in unserem Kontext gut funktioniert hat und gewachsen ist. Aber die palästinensische Seite muss selber entscheiden, was sie gebrauchen kann. Das ist ein wichtiger Grundsatz und ich wünsche mir, dass wir sensibel damit umgehen. Mir ist es wichtig, dass wir den vorhandenen, lebendigen Dialog darüber intensivieren, wie Sie in Palästina das kommunale Leben erfahren: Wie ist das mit einer Direktwahl des Bürgermeisters? Welche Rolle spielen wichtige Familien im kommunalen Leben? Umgekehrt profitieren Zentralregierungen auch von starken Städten: Dort, wo Kommunen handeln können, trifft es die Lebensverhältnisse der Menschen viel direkter, als wenn dies durch die Zentralregierung geschieht, die eher die Rahmenbedingungen setzt. Wenn diese Aufteilung gut gelingt, dann wird die Zentralregierung entlastet und gibt auch keine Macht ab, sondern gewinnt starke Partner hinzu. Diese Einsicht zu vermitteln ist eine wichtige Aufgabe. Ich nehme diese Punkte gerne mit und freue mich über dieses konkrete Ergebnis der Konferenz. Wir müssen dann sehen, wie und auf welcher Ebene wir diesen Dialog fortsetzen – auf jeden Fall aber mit wenig Bürokratie, viel Herz, Klugheit und einem klaren Willen, dass wir es schaffen.



Geschenkübergabe

Good-Practice-Beispiele deutsch-palästinensischer Partnerschaftsarbeit

1) Bergisch Gladbach – Beit Jala

Stephan Dekker (Leiter des Bürgermeisterbüros) aus Bergisch Gladbach erläutert zunächst einige Aspekte der Partnerschaft:



Stephan Dekker

- **Hintergrund:** Die Partnerschaft basiert auf einer Privatinitiative. Nachdem der Bürgermeister Lutz Urbach im Jahr 2010 Beit Jala besuchte, kam es zu einer Entscheidung über eine mögliche Partnerschaft im Stadtrat. Der erwartete Gegenwind blieb aus. Umgekehrt kam der Vorschlag, auch mit einer israelischen Kommune eine Partnerschaft zu suchen, was bereits im Jahr 2011 mit der Stadt Ganey Tikva realisiert werden konnte.
- **Ideen und Ziele:** Wir können und wollen keine Weltpolitik machen. Wir wissen, dass alle Aktionen zwar auch einen politischen Charakter haben, aber wir setzen in erster Linie auf den kulturellen Austausch von (jungen) Menschen. Die Menschen sollen die Situation in Palästina mit eigenen Augen sehen, darüber in Deutschland berichten und möglichst auch den Tourismus und damit auch die Wirtschaft verstärken. So gab es Austausch zwischen Schulklassen, Rollstuhlfahrern, Theatergruppen und Künstlern. Ein Fußballfeld wird per Fundraising unterstützt.
- **Schwierigkeiten:** Alle Befürchtungen sind bisher nicht aufgetreten. Lutz Urbach hat die volle Unterstützung des Stadtrates, der Bewohnerinnen und Bewohner und auch der lokalen Medien.
- **Erfolgsfaktoren:** Allgemein spielen die Bürgermeister als handelnde Akteure eine wichtige Rolle. Jemand, der mit Herz dabei ist, kann damit viel erreichen und bewegen. Wir brauchen die Stadtverwaltung, den Stadtrat und auch die Vereine. Diese

sollen zukünftig stärker für die inhaltliche Arbeit zuständig sein, damit Menschen die Partnerschaft mit Leben füllen. Ich kann andere nur ermutigen, auch eine Partnerschaft einzugehen.

- **Externe Faktoren:** Engagement Global und die SKEW spielen eine wichtige Rolle und haben sich stark engagiert. Die politische Situation hat natürlich einen starken Einfluss, genauso wie die Finanzen für die Umsetzung von möglichen Projekten.
- **Lessons Learnt:** Eine Partnerschaft ist vor allem eine Bereicherung. Das Wissen über unterschiedliche Kulturen und politische Systeme erhöht sich. Die Partnerschaft gibt dem Konflikt ein Gesicht und transportiert ihn nach Deutschland, sodass Palästina ein Gehör bekommt. Die Vereine haben die Verwaltung stark unterstützt; ohne sie wäre das nicht möglich gewesen.
- **Ziel:** Wir wollen weitere Städte motivieren, Partnerschaften einzugehen. Es ist für uns alle ein Gewinn.

Nicolas Khamis (Bürgermeister von Beit Jala) ergänzt: Wir haben mit Bergisch Gladbach und Jena zwei Partnerstädte, die uns verstehen, zuhören und begleiten. Dies ist sehr wichtig, weil sie ihren Bürgern klarmachen, wie groß das Leid der palästinensischen Bevölkerung ist und wie stark sie Unterstützung braucht – nicht nur politisch, sondern auch materiell. Ich selbst bin erst seit einem Jahr Bürgermeister und engagiere mich nun auch in der Partnerschaft. Jedes Jahr kommen Menschen aus Bergisch Gladbach zu uns. Wir wollen Sie ermutigen, unser Leid und auch unsere Freude kennenzulernen. Wir achten und lieben unsere Gäste und wir laden sie herzlich zu uns ein. Wir erklären jedes Mal, dass diese Mauer unrecht ist und die letzte Chance auf den Frieden zerstört. Beschlüsse des höchsten israelischen Gerichtes widersprechen sich und unabhängig davon baut die israelische Armee die Mauer immer weiter. Wir haben keine Verlässlichkeit und wissen nicht, an wen wir uns wenden sollen. Bergisch Gladbach unterstützt uns, auch materiell; denn die Kommunen haben kein Geld, um auch nur ein Projekt durchzuführen. Uns fehlt die Infrastruktur, Wasser- und Stromversorgung, Baugenehmigungen usw. Unsere Jugend weint und findet nur noch Aggression als Lösung, auch wenn wir eigentlich nur den Frieden wollen. Unsere Hoffnung liegt auf Europa und auf Deutschland.

2) Hebron – Mannheim

Dr. Peter Kurz (Oberbürgermeister der Stadt Mannheim):

- **Hintergrund:** Wir haben eine junge Partnerschaft, die bisher eine Verwaltungspartnerschaft ist, auch wenn ich mir zukünftig vorstellen kann, diese in die zivilgesellschaftliche Richtung auszubauen. Wir haben schon länger Beziehungen zur Stadt Haifa und es gab Impulse für ein trilaterales Projekt, welches dann aber nicht geklappt hat. Dies hat uns jedoch nicht entmutigt und bei einer Delegationsreise im Jahr 2013 ist der Kontakt zu Hebron entstanden. In einem *memorandum of understanding* haben wir Ziele und die Zusammenarbeit in klassischen Verwaltungsthemen formuliert. Nach zwei Jahren wollen wir eine erste Bilanz ziehen.
- **Begründung:** Wie begründen wir die Partnerschaft vor der eigenen Bevölkerung? Wir verstehen uns als eine internationale Stadt, bei uns leben Menschen aus 170 Nationen. Wenn es einen Krieg gibt, wird bei uns demonstriert. Die internationalen Konflikte spiegeln sich lokal wider. Deswegen haben wir ein Interesse daran, tatsächlich glaubwürdig zu sein mit unseren Positionen, weil wir die globalen Fragen vor Ort nicht ignorieren können.
- **Aktivitäten:** Derzeit begleiten wir in Zusammenarbeit mit einem Mannheimer Start-up-Center die Errichtung eines Existenzgründungszentrums in Hebron. Wir haben zudem die Finanzierung vom BMZ im Rahmen eines SKEW-Nakopa-Projektes für den Bau einer Kläranlage in Hebron bekommen. Dazu gehören auch die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Anschluss eines weiteren Stadtteils an die Kanalisation.
- **Erfolgsfaktoren:** Zuletzt möchte ich betonen, dass es ohne das Engagement der Stadtspitze nicht geht. Die Zivilgesellschaft ist auch wichtig und wir wollen dies nun auch bei uns anstoßen. Auch die Verlässlichkeit ist ein wichtiger Faktor bei der Zusammenarbeit.

Prof. Dr. Zatar (Bürgermeister von Hebron) ergänzt: Hebron liegt im Süden der West Bank in der C-Zone, die der israelischen Sicherheitskontrolle untersteht. Israelische Siedler haben sich in der historischen Altstadt niedergelassen, wo sich auch die Abraham-Moschee, der Bazar, Geschäfte, der Busbahnhof und die Stadtverwaltung befinden. Dadurch fallen uns auch

viele Einnahmen weg. Dazu können wir derzeit keine Gebühren für die kommunale Wasser- und Stromversorgung erheben; aber die Kommune muss diese Leistung trotzdem für die Siedler übernehmen, die gleichzeitig das Leben der Menschen schikanieren. Hebron ist eine Handelsstadt und die palästinensische Wirtschaft verlässt sich auf sie. Wir exportieren auch nach Europa, aber die Grenzen unterstehen auch der israelischen Sicherheitskontrolle. Wir wollen unsere Produktstandards erhöhen, damit wir exportieren können. Dafür brauchen wir Know-how, denn wir haben viele Erfahrungen und gute Unternehmer. Es gibt dazu schon Ideen und Projekte und wir möchten Win-win-Situationen für alle Beteiligten schaffen. So planen wir zusammen mit anderen Partnerstädten einen Technologiepark und wollen innovative Leute aus der Industrie und von Universitäten anziehen. Ich lade sie dazu ein, sich einzubringen. Ein anderes Projekt ist die Kläranlage, welche einen großen Nutzen bringt; jedoch hat die israelische Seite das Projekt zuerst nicht erlaubt, dann genehmigt und nun wieder auf Februar 2016 verschoben. Ich möchte damit zeigen, wie schwierig die Situation für uns ist. Aber wir sind sehr stolz auf diese Beziehungen mit Mannheim und ohne den Krieg in Gaza hätten wir sicherlich noch viel mehr erreicht.

Wortmeldungen aus dem Plenum:

Frieder Wolf: Vielen Dank für die Beiträge. Der Beitrag von Professor Zatar unterstreicht, dass palästinensische Städte nicht nur Empfänger sind, sondern auch viel zu bieten haben – nicht nur Gastfreundschaft, sondern sie wissen auch, wie Wirtschaft funktioniert. Palästina ist voll von Gründerpersönlichkeiten. Es wäre toll, dieses Potenzial zu mobilisieren. Ich habe es in Köln noch nicht geschafft, Unternehmen nach Bethlehem zu locken. Meine Frage wäre, wie uns das gelingen könnte.

Dr. Peter Kurz: Dies ist auch ein Thema mit einer globalen Dimension; früher sind Menschen zu der Arbeit gekommen und heute kommt die Arbeit auch zu den Menschen. In Städten gibt es gut ausgebildete Menschen mit unternehmerischen Qualitäten und die Städte müssen somit die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Dynamik schaffen. So muss

sich eine gute Wirtschaftsförderung auf diese Entwicklung einstellen. Offenheit ist dabei ein wichtiger Faktor, denn ohne ökonomische Basis kann es keine produktive Entwicklung geben.

Ulrich Nitschke: Die Inkubator-Idee geht in die Richtung der kommunalen Wirtschaftsförderung und ist eine klare Hoheit der Kommunen. Der Tourismus könnte ein weiteres Thema sein, vielleicht auch eine lokale Steuer für Touristen. In Palästina wird die kommunale Wirtschaftsförderung häufig als Einkommensgenerierung für die leeren Kassen der Kommunen diskutiert. In Deutschland ist die Rolle der Kommune dagegen vor allem die eines *facilitators* für den Mittelstand. Eine Gewerbesteuer gibt es zudem in Palästina nicht. Deswegen sollten wir noch mal genau schauen, was der Bedarf ist und wie der Mittelstand dabei eine Rolle spielen kann.

7. UNTERSTÜTZUNGS- UND FÖRDERANGEBOTE SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT (SKEW) VON ENGAGEMENT GLOBAL

Tag 3: Donnerstag, 12. November 2015

Der dritte Konferenztag stand unter dem Zeichen der SKEW-Fördermöglichkeiten, der Praxis und der Arbeitsgruppen. Zunächst wurde das Nakopa-Programm der SKEW den Teilnehmenden nähergebracht. Anschließend unternahmen die Teilnehmenden zwei Exkursionen und kamen in Arbeitsgruppen zusammen, die bis zum Mittag des nächsten Tages den weiteren Verlauf bestimmten.



Dr. Britta Milimo

Das Unterstützungs- und Förderangebot der SKEW ist vielfältig. Dr. Britta Milimo stellt einige Angebote für Kommunen der SKEW vor. Im Rahmen des Projekts „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa) bietet die SKEW beispielsweise aus Mitteln des BMZ eine Unterstützung kommunaler Partnerschaftsprojekte von deutschen Kommunen oder kommunalen Spitzenverbänden an. Bezuschusst werden dabei

seit 2013 entwicklungspolitische Projekte mit Schwerpunkt nachhaltige Daseinsvorsorge, gute lokale Regierungsführung oder Klimaschutz und Klimaanpassung in einem Partnerland. Die SKEW unterstützt auch die Partnerschaftsarbeit und den kommunalen Austausch an sich. Aktuell wurde ein Projekt von Mannheim und Hebron bewilligt. Die SKEW leistet Hilfestellung bei der Antragstellung und lädt zu „Durchführungsseminaren“ ein.⁴

Außerdem gibt es Möglichkeiten des persönlichen Austausches über die Programme „ASA-Kommunal“ und „Integrierte Fachkräfte für Kommunen weltweit“ (IFKW/CIM). Aber auch die fachliche Unterstützung und Finanzierung einer Expertenentsendung pro Jahr oder die Arbeit an gemeinsamen entwicklungsbezogenen Projekten ist Teil des Angebotes der SKEW. Das Anliegen der SKEW ist dabei die Stärkung von

⁴ Weitere Informationen finden sich unter www.service-eine-welt.de/nakopa/nakopa-start.html.

Strukturen für eine langfristige und nachhaltige partnerschaftliche Zusammenarbeit, um entwicklungsbezogenes Engagement im Rahmen kommunaler Partnerschaft dauerhaft zu fördern.

8. EXKURSIONEN

32

Abwasser: Besuch der Zentralen Kläranlage Jena (Stadtwerke Jena)

Die Stadtwerke Jena, die zu 100 Prozent der Stadt Jena gehören, stellen Dienstleistungen im Bereich Energie und Wasser sowie weiteren Arbeitsbereichen. Die Stadtwerke sind einer der größten Arbeitgeber in Jena und können für den städtischen Haushalt sogar eine Gewinnausschüttung leisten.

Zu Beginn stellte der Bereichsleiter Abwasser und Leiter des Betriebes Jena-Wasser den Betrieb und die zentrale Kläranlage Jena vor. Die Kläranlage ist seit 1976 in Betrieb und reinigt die kommunalen und gewerblichen Abwässer der Stadt Jena und einiger Umlandgemeinden.



Besichtigung der Kläranlage



Die Gruppe bei den Klärbecken

Anschließend gab es eine Führung über das Gelände der Kläranlage, die dem Weg

des Abwassers folgte: vom Mischwasserkanal über die Rechenanlagen bis hin zu der mechanischen und biologischen Reinigung in den verschiedenen Klärbecken.

Abfallwirtschaft/Müllbeseitigung: Besuch der Wertstoffhöfe



Besichtigung des Wertstoffhofes

Der Betrieb kommunal service jena (ksj) wurde im Jahr 2002 gegründet und beschäftigt heute etwa 300 Personen. Für die Stadt Jena ist der kommunale Eigenbetrieb unter anderem für die Abfallentsorgung und die Straßen- und Gehwegreinigung zuständig. Das Angebot umfasst darüber hinaus zahlreiche andere (auch gewerbliche) Dienstleistungen rund um Abfallwirtschaft und Entsorgung, beispielsweise den Containerdienst und die Entsorgung aller Abfallarten von Gewerbebetrieben.

Der ksj betreibt in Jena zwei Wertstoffhöfe, auf denen verschiedene Abfälle angenommen werden, zum Beispiel Baustellenabfälle, Bauholz, Elektro- und Elektronikgeräte, Bildschirmgeräte, Gartenabfälle oder Schadstoffe. Den Wertstoffhof in der Löbstedter Straße konnten die Teilnehmenden besichtigen und Fragen stellen. Bei einer anschließenden Gesprächsrunde kamen Fragen zur Akzeptanz der Wertstoffhöfe bei der Bevölkerung auf, zu den Abfallentsorgungsgebühren und zur Verwertung.

9. ARBEITSGRUPPEN

Die Teilnehmenden fanden sich in Gruppen zusammen, um Ideen für die weitere Arbeit zu entwickeln. Die Ergebnisse wurden anschließend im Plenum vorgestellt.

I. Mannheim – Hebron

vorgestellt von David Linse und Marwan Elakhdar

Die Partnerschaft zwischen Hebron und Mannheim wurde bereits ausführlich vorgestellt (siehe Kapitel 5). Das Treffen auf der Konferenz war eine gute Möglichkeit, sich genauer über das Hauptprojekt Kläranlage zu verständigen. Die Umsetzung geht auch mit einem besseren Umweltschutz und einer besseren (Wieder-)Nutzung des Wassers einher. So werden die Sickergruben stillgelegt und Roadmaps erstellt, um weiter an diesem Thema zu arbeiten, speziell auch im Bereich der Industrieabfälle (Abwasser von den Gerbereien). Es wurde außerdem über den Technologiepark gesprochen. Mannheim möchte nun auch den Gemeinderat und die Zivilgesellschaft stärker einbinden. Wenn die Kooperation auf Arbeitsebene weiterhin gut funktioniert, dann wäre der nächste Schritt, in den kommenden zwei Jahren eine richtige Städtepartnerschaft zu etablieren.

II. Bonn – Ramallah

vorgestellt von Kamal Daibes
(Mitglied des Stadtrats von Ramallah)



Kamal Daibes

Der Kontakt zwischen Bonn und Ramallah besteht seit 2013. Bisher gab es noch keine Gelegenheit, offizielle Abkommen zu unterzeichnen. Im Rahmen der Arbeitsgruppe gab es die Übereinkunft, den Kontakt zu intensivieren. Folgende Ideen und Handlungsfelder stehen dabei im Vordergrund:

- Identifizieren von Stakeholdern und Multiplikatoren in den Städten, um eine feste und kontinuierliche Partnerschaft aufzubauen
- Identifizieren von Anknüpfungspunkten für Beiträge der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung (zum Beispiel kultureller Austausch, Aufklärung, Umwelt und Klima). Besonders der kulturelle Bereich bewertet die Partnerschaft als Potenzial.
- Zusammenarbeit mit Universitäten
- Kläranlage bzw. Einsatz von geklärtem Wasser: Anschluss an das Abwassersystem fördern und Nutzung von geklärtem Wasser für einen geplanten Park in Ramallah
- Finanzierungsmöglichkeiten klären und Stakeholder für die materielle (und auch politische) Unterstützung finden
- Herstellen von Augenhöhe
- Ramallah als *smart city* mit Technologiethemen

Als nächster Schritt in Kooperation mit der SKEW von Engagement Global soll ein **memorandum of understanding** als Grundlage für zukünftige Beziehungen folgen, insbesondere für ein Entsendungsprogramm, welches Delegationsreisen fördert und den Fach- und Expertenaustausch möglich macht. Damit werden wichtige Impulse für die weiteren Beziehungsaufbau gegeben.

III. Bad Oldesloe – Jifna

vorgestellt von Hartmut Jokisch
und Maher Abu Khalil

Das Ziel des Freundeskreises Beer Yaacov/Jifna lässt sich schon im Namen erkennen: Neben der bestehenden Partnerschaft mit Beer Yaacov in Israel befindet sich die Partnerschaft mit Jifna in Gründung, die vielleicht eines Tages auch in trilateralen Beziehungen enden können. Ein von der SKEW vermitteltes **memorandum**

of understanding gibt es bereits, nun soll ein Partnerschaftsvertrag unterschrieben werden. Da sich die Beziehungen aus der Zivilgesellschaft heraus entwickelt haben, besteht die Herausforderung darin, die Politik und Verwaltung in Bad Oldesloe von der Partnerschaft zu überzeugen. Aus diesem Grund konnten bisher noch keine kommunalen Projekte auf den Weg gebracht werden. Im nächsten Jahr könnte mit der Unterstützung der SKEW von Engagement Global ein Partnerschaftsabkommen entwickelt werden.

IV. Nürnberg – Nablus

vorgestellt von Dr. Peter Pluschke

Die Partnerschaft trifft sich dieses Jahr bereits zum dritten Mal – dies auch mit Unterstützung der SKEW. So kam im Mai 2015 ein Fachaustausch zustande und wesentliche Programmschwerpunkte konnten identifiziert werden. Der Dialog wurde somit intensiviert. Bisher steht die Verwaltung im Vordergrund und es gibt folgende Projektideen:

- **Kläranlage:** Es sollen technische Lösungen für eine Kläranlage (inklusive gereinigten Wassers für die Bewässerung und der Klärschlamm Entsorgung als Düngemittel) entwickelt werden. Zusätzlich ist der Bau einer Photovoltaikanlage auf der Kläranlage für eine unabhängige Energieversorgung in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Nürnberg geplant.
- **Abfallentsorgung:** Zwei Müllfahrzeuge sind derzeit auf dem Weg nach Nablus. Weitere Aktivitäten im Bereich der Mülltrennung, Abfallverwertung, Reduzierung von Abfallmengen (inklusive Kompostierung und energetischer Nutzung von organischen Abfällen) sind geplant.
- **Zivilgesellschaft:** Die Öffentlichkeit soll zukünftig stärker einbezogen werden. Dazu gibt es in Nürnberg ein Treffen im Stadtrat und es soll ein Partnerschaftsverein gegründet werden.

V. Tourismus (Köln, Bergisch Gladbach, Jena, Xanten / Bethlehem, Beit Jala, Beit Sahour, Al Ubedeyah, Al Doha, Al Khader, Battir)

vorgestellt von Hanan Manoly (Beit Sahour)



Hanan Manoly

Hintergrund: Das Thema Tourismus spielt für eine Vielzahl der deutsch-palästinensischen Partnerschaften und palästinensischen Kommunen eine wichtige Rolle. Daher wurde das Thema Tourismus auf mehreren Arbeitstreffen besprochen. Ein Ergebnis war, dass der Tourismus für alle Gemeinden weit oben auf der Tagesordnung steht. Es besteht ein großes Potenzial, aber die Kommunen ziehen derzeit wenig Nutzen daraus. Die Gruppe entwickelte bereits einige Projektideen, wie die Städte den Tourismus als Einnahmequelle nutzen könnten. Im August 2015 fand ein weiteres Vorbereitungstreffen der deutschen Partnerkommunen in Bergisch Gladbach statt. Dort diskutierten sie die Idee der Qualifizierung von Personal. Somit steht die Frage im Raum, wie die deutschen Kommunen die Partnergemeinden in der Region Bethlehem bei dem Aufbau der Tourismus-Infrastruktur unterstützen können.

Ziele des Workshops:

- Vereinbarung über ein gemeinsames Projekt zur Stärkung des Tourismus in der Region
- Formulierung eines Ziels
- Klärung der weiteren Koordination und der weiteren Vorgehensweise

Aktueller Stand in den palästinensischen Kommunen:

a) Bethlehem

- Es gibt in der Stadtverwaltung von Bethlehem keinen Bereich für Tourismus, aber den angrenzenden Bereich der Kultur, der für die Bewahrung des Kulturerbes zuständig ist.
- Das touristische Programm von Bethlehem wird von israelischen Reisebüros dominiert, welche die Touristinnen nur tagsüber mit dem Bus zu den Sehenswürdigkeiten und wieder zurück in das Hotel bringen. Die Straßen sind deshalb leer und Läden geschlossen.
- Bethlehem hat mehr zu bieten, doch es gibt dazu keine Informationen. Die Infrastruktur müsste gestärkt werden, damit die Tourismusbüros und der Privatsektor aktiv werden.
- Derzeit sind die Touristen eher eine Last, da sie keine kommunalen Einnahmen bringen, aber zum Beispiel der Müll beseitigt werden muss.

b) Beit Sahour

- Die Gemeinde möchte historische Kontexte nutzen für den Tourismus (wie schon bei den Hirtenfeldern) und spezielle Angebote für Pilger schaffen; weiterhin möchte sie:
- Anreize schaffen, dass die Touristen auch in Beit Sahour übernachten;
- das Straßennetz ausbauen, Wege touristisch gestalten sowie Transportmöglichkeiten schaffen;
- einen Halteplatz für Touristenbusse (dies würde auch Staus verkleinern und Parkgebühren könnten eine Einnahmequelle sein) und Hinweisschilder in verschiedenen Sprachen errichten;
- einen Rundgang in der Altstadt entwickeln;
- den Jugendmarathon und weitere Jahrestermine nutzen für kulturelle Aktivitäten.

c) Battir

- Battir hat sich erst in den letzten Jahren touristisch entwickelt. Die Terrassen von Battir sind anerkanntes Weltkulturerbe der UNESCO.
- Es gibt ein städtisches Tourismusbüro und einen touristischen Strategieplan, der vor allem auf den Ökotourismus setzt. Es gibt bereits eine Wanderroute mit über 37 Kilometern Weglänge.
- Es gibt ein kleines Gästehaus und eine Bushaltestelle. Es wurde eine Werkstatt für Handwerk eingerichtet, wo auch die Produkte verkauft

werden können.

d) Al Ubedeiyah

- Es wird derzeit ein Museum geplant.
- Die Gemeinde wünscht sich neue Wasserleitungen und ein Abwassersystem mit Kläranlagen und Biogasproduktion. Durch die willkürlichen Sickergruben ist ein „Abwasserfluss“ entstanden, der sich inzwischen zu einer touristischen Attraktion entwickelt hat. Tourismus kann hier als politisches Druckmittel eingesetzt werden.

e) Beit Jala

- Die Gemeinde berichtet über Vorgespräche zu einer Seilbahn, welche Bethlehem, Beit Sahour und Beit Jala verbinden würde. Diese würde auch Verkehrs- und Umweltprobleme lösen, Arbeitsplätze und Einnahmen in den Gemeinden schaffen. Die ca. acht Kilometer Seilbahn könnten auch mit Rundgängen kombiniert werden und die Touristen könnten so das Leben vor Ort kennenlernen.

Erkenntnisse

- Es gibt den Konsens, dass der regionale Tourismus für die Wirtschaftsförderung Priorität hat und auch Einnahmen für die Kommunen generieren sollte.
- Die Touristen sollen mehr Zeit in der Region verbringen, übernachten sowie das Kulturerbe und das Leben vor Ort kennenlernen (Restaurants, Souvenirshops, Handarbeiten, Feste etc.).
- Es gibt verschiedene Touristengruppen (Ökotourismus, Pilger, Solidarität etc.), die eine unterschiedliche Ansprache benötigen.
- Stadtverwaltungen sollten sich auch im Zuge der Jahres- und Haushaltsplanung Gedanken über ein Budget für den Tourismus machen.

Konkrete Projektideen

- Einrichtung einer Tourismuseinheit für die Region, die alle Aktivitäten kontinuierlich koordiniert;
- Qualifizierung in Bereichen wie touristische Führungen, Sprachen, Service und Gastronomie;
- Ökotourismus: Ausbau eines Wanderwegnetzes, das alle Gemeinden verbindet und einbezieht, Schaffung von Möglichkeiten für das Erleben der Kultur vor Ort.
- Machbarkeitsstudie für eine Seilbahn, die Bethlehem mit Beit Sahour und Beit Jala verbindet. Diese

hätte einen Doppelnutzen für die Bevölkerung und für den Tourismus.

- Entwicklung einer gemeinsamen Marketingstrategie:
 - Zentrale Vermarktung eines einheitlichen Programms mit Veranstaltungskalender → Zusammenfassung von allen Attraktionen und kulturellen Terminen in der Region
 - Präsentation des gemeinsamen Angebots auf einer Website und in sozialen Netzwerken
 - Entwicklung eines Markenprofils (mit einem Logo und Merchandising-Produkten)

Schlussfolgerung

- Die GIZ als Partner der Palästinensischen Behörde könnte eventuell den Einstieg in eine Studie bereiten, die den aktuellen Stand der Dinge festhält, Strategien und Maßnahmen vorschlägt und im dritten Teil die möglichen Marketinginstrumente. Zusätzlich könnte ein Austausch von Expertinnen und Experten organisiert werden. Parallel könnten auch pragmatische Aktivitäten laufen, wie Vernetzung der Attraktionen in der Region, zum Beispiel durch eine gemeinsame Touristenkarte. Das gegebenenfalls geplante Tourismusbüro könnte sich dann damit beschäftigen und als Ansprechpartner fungieren.

Vereinbarungen

- Auf beiden Seiten ist eine Person für die Koordination zuständig.
- Es wird ein **memorandum of understanding** mit Unterstützung der SKEW unterzeichnet.
- Es findet ein Treffen der palästinensischen Kommunen mit Unterstützung der SKEW im Dezember 2015 statt.

10. ABSCHLUSSWORTE UND FAZIT

Tag 4: Freitag, 13. November 2015

37

Musa Hadid, Präsident APLA

Die gesamte palästinensische Delegation möchte sich für die Gastfreundschaft beim Oberbürgermeister von Jena, Engagement Global und allen Beteiligten bedanken. Herzlichen Dank dafür, dass Sie uns hier so herzlich aufgenommen haben! Wir haben über Jena nicht so viel gesprochen, aber wir hatten hier eine wunderbare Zeit und die Stadt erscheint mir zukunftssträchtig, ruhig und sicher und wir hoffen, dass sie noch weiter aufblühen wird. Wir haben gesehen, wie die Stadtverwaltung ihre Aufgaben bewältigt; auch in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den städtischen Betrieben. Wir sind von so einer Verwaltungsaufteilung derzeit noch weit entfernt, können aber davon lernen und wollen versuchen, diese Erfahrung in unsere Verwaltung einzubringen.

Es war eine erfolgreiche Konferenz, wo viele bilaterale Beziehungen und konkrete Beispiele vorgestellt wurden. Das Niveau der aktuellen Partnerschaften ist auf einem guten Level angekommen. Wichtig für die Zukunft ist der Aufbau von weiteren kommunalen Partnerschaften. Dabei sollten wir auch die palästinensischen Flüchtlinge in den Kommunen nicht außer Acht lassen! So gibt es beispielsweise auch Partnerschaften zwischen französischen Städten und palästinensischen Flüchtlingslagern und ich denke, wir sollten uns auch Gedanken machen über diese Art von Beziehungen. Weiterhin wollen wir qualitativ hochwertige Partnerschaften, die Erfolgsgeschichten für beide Seiten schaffen. Dazu gehört auch, dass diese nicht nur zwischen den Verwaltungen bestehen, sondern auch die Zivilgesellschaft einbeziehen. Wir begegnen viel Zurückhaltung auf beiden Seiten, und wenn wir sehen, wie viele israelisch-deutsche Partnerschaften es gibt, wünschen wir uns mehr Mut bei dem Aufbau von Beziehungen. Vielleicht gibt es nicht genügend Überzeugung für unser Anliegen, sodass wir mehr

Studienreisen nach Palästina durchführen sollten, um ein tieferes Verständnis für unsere Angelegenheit zu schaffen. Es sollte dabei nicht immer gleich um trilaterale Beziehungen gehen. Wir sind nicht an für sich gegen sie, aber wir fordern dazu auf, uns zunächst dabei zu unterstützen, eine Gleichberechtigung herzustellen. Dies bedeutet Begegnung auf Augenhöhe und mit Würde. Wir müssen gleichberechtigt sein, natürlich auch in Verbindung mit unseren Pflichten. Das geht aber nur mit einem unabhängigen Staat, der gleichberechtigt neben dem israelischen Staat existiert. Solange wir diese Situation nicht haben, kann es keine trilateralen Beziehungen geben. Es geht um unsere nationale Angelegenheit und ich hoffe, dass sich die deutschen Partner dessen voll bewusst sind.

Ich lade Sie nochmals herzlich ein zu einer nächsten Konferenz in Palästina. Ich unterstütze den Vorschlag von Dr. Albrecht Schröter, dass wir diese realisieren, wenn wir 30 Partnerschaften ins Leben gerufen haben. Das wäre ein guter, konkreter Indikator. Wir haben uns hier außergewöhnlich wohlgefühlt, vielen Dank für die Gastfreundschaft!

Vera Baboun, Bürgermeisterin der Stadt Bethlehem

Vielen Dank an alle, die hier waren. Wir haben gesehen, dass sich die Partnerschaften nicht vom politischen Zusammenhang abkoppeln lassen. Ich möchte unterstreichen, was Musa Hadid bereits gesagt hat: Die Beziehungen sind manchmal von Zurückhaltung geprägt – von beiden Seiten. Vielleicht auch, weil die Forderung nach trilateralen Beziehungen oft im Raum steht, wir dafür aber zunächst eine Begegnung auf Augenhöhe ermöglichen müssten. Diese Möglichkeit haben wir durch die Besatzung derzeit nicht. Ich reise heute noch nach Köln, wo wir die Spendenkampagne für die



Vera Baboun

Renovierung der Geburtskirche initiieren. Wir werden uns weiter mit dem Bereich Tourismus befassen und im Dezember einen Strategieplan entwickeln. Ich hoffe, dass wir dahin gehend weiterkommen und einige Ziele umsetzen können. Genauso hoffe ich, dass wir noch mehr Partnerschaften aufbauen können. Wir sollten auch darauf achten, dass ein Ausgleich für die kleinen Kommunen, die oft stark marginalisiert sind, durch die größeren Kommunen geschaffen wird. In diesem Sinne befürworte ich eine Abschlusserklärung und bedaure es, dass einige Teilnehmenden bereits abreisen mussten.

Wir wollen das Leben bewahren trotz der Herausforderungen, die wir tagtäglich erleben. Wir laden Sie herzlich ein nach Bethlehem, um uns dort zu besuchen und die Lichter der Weihnachtskerzen anzuzünden. Vielen Dank an alle Kommunen und Vertreterinnen und Vertreter!

Dr. Albrecht Schröter, Oberbürgermeister der Stadt Jena



Dr. Albrecht Schröter

Liebe Freunde, wir sind am Ende einer Konferenz, die wir mit viel Liebe vorbereitet haben. Dass wir nicht immer alles richtig gemacht haben, habe ich im Laufe der Konferenz gemerkt; so erschien mir eine Abschlusserklärung nicht so wichtig wie die konkreten Ergebnisse. Aber ich habe gelernt, dass eine Erklärung auch ein konkretes Ergebnis ist. Wir werden eine Lösung finden. Wir werden die wichtigen Punkte in einem Abschlusspapier zusammenfassen. Dieses wird den Partnerstädten zugeleitet mit der Bitte um Ergänzungen und zum Schluss werden wir ein abgestimmtes Papier haben, mit dem wir weiterarbeiten können. Herzlich bitten wir Sie, sich daran zu beteiligen! Ich bin zuversichtlich, dass die Dinge, die angesprochen wurden, auch konkret umgesetzt werden. Selbst wenn von allen Wünschen und Vorschlägen nur 50 Prozent realisiert werden – es ist immer ein Fortschritt.

Ich habe am Anfang drei Ebenen angesprochen:

1. Politische Ebene: Im Abschlusspapier wird stehen, dass wir überzeugt sind, dass gerechte Lebensverhältnisse ohne Besetzung und ohne Siedlungspolitik, dafür aber mit einem Staat mit den Grenzen von vor 1967 die Voraussetzungen sind, damit unsere gemeinsamen Ziele vollständig gelingen können. Es gibt bereits Resonanz auf unsere Konferenz in zwei großen deutschen Zeitungen. Dort steht, dass es mehr Solidarität mit Menschen in Palästina geben sollte und dass wir mehr Partnerschaften brauchen. Das sehe ich auch als meine Aufgabe: Ich kann nicht alles tun, aber dies möchte ich tun: mich dafür einsetzen, mehr deutsche Partnerstädte zu gewinnen und dabei

- weder Flüchtlingslager noch kleine Gemeinden zu vergessen.
2. Nationale Ebene: Wir wollen die palästinensischen und deutschen Kommunen noch besser vernetzen. Jena wird dabei eine Einberuferrolle übernehmen, vielleicht auch mit Köln zusammen. Wir würden uns regelmäßig treffen und beraten, dasselbe könnte dann vielleicht auch in Palästina passieren. Das gilt auch für APLA und den Städtetag: Wir wollen uns austauschen und gegenseitig unterstützen, gerade wenn es um Dezentralisierung und die kommunale Selbstverwaltung geht. Ich werde das voranbringen und wir werden dann sehen, wie wir diese Aufgabe am besten konkretisieren können.
 3. Bilaterale partnerschaftliche Vereinbarungen: Ich bin sehr dankbar für das, was hier geschehen ist. Es bewegt mich, dass es Begegnungen gab zwischen den Partnern. Einige Partnerschaften laufen schon etwas länger, andere beginnen jetzt. Alles, was besprochen wurde, ist vielleicht der größte Wert der Konferenz. Da wächst etwas, das ermutigt, es entsteht Vertrauen und Freundschaft.

Ein großer Dank gilt den deutschen Teilnehmenden und Partnern, genauso wie dem großartigen Organisationsteam, der Moderation, der Übersetzung und der SKEW. Ausdrücklich möchte ich mich aber noch mal bei den palästinensischen Gästen bedanken, dass sie gekommen sind. Ich weiß, dass das nicht selbstverständlich ist, und das ist an sich schon ein großer Wert. Herzlichen Dank, Shukran! Ich bedanke mich für die Einladung von palästinensischer Seite für eine nächste Konferenz. Wir kommen überall gerne hin und ich übergebe hiermit einen symbolischen Staffelstab an Musa Hadid. Dieser Stab ist einer des Friedens, der Verständigung und der Versöhnung. Ich freue mich auf ein baldiges Wiedersehen.



Gruppenfoto von kommunalen Vertretern

ANHANG

Programm

Dienstag, 10.11.2015	
Rathaus	
Ab 18:00 Uhr	Registrierung im Rathaus
19:00 Uhr	Empfang und Abendessen im Rathaus Begrüßung Dr. Albrecht Schröter, Oberbürgermeister Stadt Jena Begrüßung Dr. Jens Kreuter, Geschäftsführer Engagement Global Begrüßung Musa Hadid, Präsident Association of Palestinian Local Authorities (APLA)

Mittwoch, 11.11.2015	
Rathaus	
09:00 Uhr	Einführung Dr. Albrecht Schröter und Nicola Khamis (Bürgermeister Partnerstadt Beit Jala)
09:15 Uhr	Grußwort Dr. Khouloud Daibes, Botschafterin Palästinensische Mission Stefanie Scharf, Stellvertretende Referatsleiterin Naher Osten, Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
10:00 Uhr	Bürgermeisterforum
11:30 Uhr	Gruppenfoto
12:30 Uhr	Mittagessen
13:30 Uhr	Input von Mathias Gritzka (GIZ) und Musa Hadid, gefolgt von Good-Practice-Beispielen deutsch-palästinensischer Partnerschaftsarbeit (Mannheim – Hebron, Bergisch Gladbach – Beit Jala), Bedarfe und moderierter Austausch mit dem Plenum (integrierte Kaffeepause)
17:00 Uhr	Vorbereitung nächster Tag (bis 17:30 Uhr)
19:00 Uhr	Treffpunkt am Rathaus, um zum Restaurant Scala zu gehen
19:30 Uhr	Abendessen im Scala

Donnerstag, 12.11.2015	
Rathaus	
09:00 Uhr	Unterstützungs- und Förderangebote Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global
10:00 Uhr	Exkursionen mit dem Bus: Aufteilung in zwei Gruppen Gruppe 1: 10:30 Uhr Vorstellung der Stadtwerke Jena 10:45 Uhr Besichtigung Kläranlage des Zweckverbandes JenaWasser und Vorstellung der Stadtwerke einschließlich Diskussion 11:30 Uhr Fahrt und Besichtigung des Wertstoffhofs des städtischen Eigenbetriebes kommunal service jena Gruppe 2: 10:30 Uhr Ankunft im Wertstoffhof des städtischen Eigenbetriebes kommunal service jena 11:45 Uhr Begrüßung/Vorstellung Stadtwerke Jena 12:00 Uhr Besichtigung Kläranlage des Zweckverbandes „JenaWasser“ und Vorstellung der Stadtwerke einschließlich Diskussion
13:30 Uhr	Mittagessen im Rathaus
14:30 Uhr	Arbeitsgruppen Partnerschaften Teil 1 (meist in Englisch) I. Mannheim – Hebron II. Bonn – Ramallah III. Nürnberg – Nablus IV. Beratung durch die SKEW (Arabisch-Deutsch) V. Tourismus (Jena, Bergisch Gladbach, Köln, Xanten / Beit Jala, Bethlehem, Beit Sahour, Battir, Al Ubeidyeh, Al Doha, Al Khader) Seminarraum Am Anger 15 Moderation: Petra Schöning (Kaffeepause integriert)
19:30 Uhr	Besuch Imaginata (Abfahrt 18:45 Uhr), Grußwort Dr. Albrecht Schröter und Abendessen Kurzes Rahmenprogramm vom Zirkus Momolo

Freitag, 13.11.2015	
Rathaus	
09:00 Uhr	Begrüßung
09:30 Uhr	Arbeitsgruppen Partnerschaften Teil 2 (in Englisch) I. Mannheim – Hebron II. Bad Oldesloe – Jifna III. Bonn – Ramallah IV. Nürnberg – Nablus V. Tourismus (Jena, Bergisch Gladbach, Köln, Xanten / Beit Jala, Bethlehem, Beit Sahour, Battir, Al Ubediyah, Al Doha, Al Khader) Moderation: Petra Schöning
11:00 Uhr	Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen im Plenum
12:30 Uhr	Fazit
13:00 Uhr	Mittagessen und Abreise
15:30 – 16:30 Uhr	Stadtführung

Teilnehmendenliste

42

Nr.	Title	Surname	Name	Municipality / Institution
1.		Abbas	Nicola	Interpreter
2.		Abdalmasih al Hayek	Hani	Beit Sahour, Mayor
3.		Abdel Fatah	Dana	Interpreter
4.		Abu Dayyeh	Suleiman	Head of Friedrich-Naumann-Stiftung Jerusalem
5.		Abu Ghosh	Sulaiman	Nablus, Director of Treatment Plants/Water and Waste Water Dept.
6.		Abu Khalil	Maher	Jifna, Mayor
7.		Abu Shalbak	Hasan	Ramallah, Member City Council
8.		Al Assa	Sulaiman	Al Ubdeiyah, Mayor
9.		Al Azzeh	Younis	Al Khader, City Engineer
10.		Baboun	Vera	Bethlehem, Mayoress
11.		Bader	Akram	Battir, Mayor
12.		Bettenhäuser	Matthias	Jena, Managing Director of the Division Mayor
13.		Daibes	Kamal	Ramallah, Member City Council
14.	Dr.	Daibes	Kholoud	Berlin, Ambassador
15.		Dekker	Stephan	Bergisch Gladbach, Managing Director of the Division Mayor
16.		Dibs	Ibrahim M.D.	Al Doha, Engineer and Senior Projects Manager
17.		Dola	Ribhi	Beitunia, Mayor
18.		Eilers	Neele	Engagement Global
19.		Eismann	Doreen	Engagement Global, Project Management
20.		Elakhdar	Marwan	Hebron, Head of Wastewater Department
21.		Ghoury	Emile	Ramallah, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
22.		Grasser	Andreas	Photographer
23.		Gritzka	Matthias	Ramallah, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
24.		Groß	Rainer	Xanten, Honorary Mayor
25.		Hadid	Musa F.M.	Ramallah, Mayor and President of APLA
26.		Hamdan	Maher	Al Ubdeiyah, City Engineer
27.		Honka	David	Engagement Global
28.		Hussein	Raif	Hanover/Berlin, Head of German-Palestinian Association
29.		Isa	Ismail	Al Khader, Deputy Mayor
30.		Jawarish	Walid D.A.	Bethlehem, Member City Council
31.		Jokisch	Hartmut	Bad Oldesloe, Member City Council
32.		Juha	Issa	Beit Jala, Head of Projects Department
33.		Khamis Larach	Nicola	Beit Jala, Mayor
34.		Khammas	Achmed	Interpreter
35.		Klingmüller	Gabriele	Bonn, Mayoress
36.	Dr.	Kotsas	Konstantin	Eschborn, GIZ/Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)
37.	Dr.	Kreuter	Jens	Bonn, Managing Director of Engagement Global gGmbH
38.	Dr.	Kurz	Peter	Mannheim, Mayor
39.		Linse	David	Mannheim, Head of International Office and Protocol
40.		Masri	Rami	Nuremberg
41.		Mauritz	Alexander	Mannheim, Urban Drainage Dept.
42.	Dr.	Milimo	Britta	Engagement Global

Nr.	Title	Surname	Name	Municipality / Institution
43.		Musleh	Hanan J.D.	Beit Sahour, Municipality Director
44.		Nasser	Michel	Battir, Director Eco Museum
45.		Nitschke	Ulrich	Moderation
46.		Omar	Vera	Interpreter
47.		Othman	Ghalib	Beitunia, Head of Health Section
48.	Dr.	Pluschke	Peter	Nuremberg, Deputy Mayor and Department of Environment and Health
49.		Roeder	Eva	Documentation
50.		Sabra	Martina	Moderation
51.		Salah	Khalid A.M.	Al Doha, Engineer and General Director
52.		Scharf	Stefanie	Berlin, Head of Division Middle East, German Federal Ministry for Economic Cooperation and Development (BMZ)
53.		Schöning	Petra	Engagement Global
54.	Dr.	Schröter	Albrecht	Jena, Mayor
55.	Dr.	Schürgers	Norbert	Nuremberg, Head of International Office
56.	Dr.	Sentürk	Beyhan	Friedrich-Ebert-Stiftung Jerusalem
57.		Shaheen	Nancy	Ramallah, Administration
58.		Shqair	Michael	Jifna, Member Village Council
59.		Tabbone	Therese	Jena, Project Management and Consultant of Twinning and European Affairs
60.		Tavangarian	Janine	Jena, Consultant of Twinning and European Affairs
61.		Tubaila	Sameeh	Nablus, Mayor
62.		Urbach	Lutz	Bergisch Gladbach, Mayor
63.		Wagner	Stefan	Bonn, Head of International Office
64.		Wolf	Frieder	Cologne, Head of International Office
65.		Wolter	Andreas	Cologne, Mayor
66.	Prof. Dr.	Zatari	Daoud	Hebron, Mayor
67.		Zubaida	Yousef	Nablus, Head of Traffic Supervision Unit

Glossar

APLA	Association of Palestinian Local Authorities
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
GIS	Geografische Informationssysteme
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
IFKW	Integrierte Fachkräfte für Kommunen weltweit
MDLF	Palästinensischer Kommunalentwicklungsfonds
Nakopa	Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
UCLG	United Cities and Local Governments

PUBLIKATIONEN DER SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt alle ihre Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage bereit. Hier finden Sie Verweise auf ausgewählte aktuelle Publikationen.

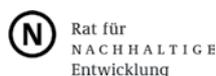
Dialog Global-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 40: 50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015. Dokumentation der dritten Projektphase. Bonn, Mai 2016
- Nr. 39: Global Nachhaltige Kommune. Bonn, März 2016
- Nr. 38: Kommune bewegt Welt – Der Preis für herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung 2014. Bonn, Februar 2016
- Nr. 37: Hauptstadt des Fairen Handels 2015. Bonn, Februar 2016
- Nr. 36: Partizipation von Flüchtlingen in der kommunalen Entwicklungspolitik. Gutachten. Bonn, November 2015
- Nr. 35: Host City Programm WM Brasilien 2014 – Deutschland 2006/2011: Partner für nachhaltige Stadtentwicklung. Bonn, November 2015
- Nr. 33: Beispiele guter Praxis zu Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene. Bonn, Februar 2015
- Nr. 25: Bürgerhaushalte weltweit. Aktualisierte Studie. Bonn, Mai 2014.
- Nr. 23: Fair Handeln in Kommunen. Ein Praxisleitfaden. 2. vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage Bonn, Januar 2015
- Nr. 73: Internationaler Auftaktworkshop „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“, Phase 4: Lateinamerika. Bonn, November 2015
- Nr. 72: Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Asien“, 17. – 18. November 2014, Berlin. Bonn, August 2015
- Nr. 70: Internationaler Workshop der kommunalen Klimapartnerschaften – Präsentation der Handlungsprogramme 1. – 3. Juli 2014, Berlin. Bonn, Februar 2015
- Nr. 66: Viertes bundesweites Netzwerktreffen Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene, 2. April 2014. Bonn, Juli 2014
- Nr. 24: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten. 2013. Bonn, April 2014

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Unsere Angebote. Bonn 2015
 - Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle. Bonn 2015 [Deutsch, Englisch, Französisch, Portugiesisch, Spanisch]
 - Kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Deutsche Städte und Gemeinden aktiv für die Eine Welt. Dokumentation des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Dezember 2015
 - KOMMUNE heute: Lokal handeln, global wirken. Ein Sonderheft der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion DEMO (Beilage zur Ausgabe Oktober 2015 von DEMO)
 - Kommunal fair handeln. Möglichkeiten für Fairen Handel und Faires Beschaffungswesen. Ein Dossier der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 4-2015 von welt-sichten)
- Material-Schriftenreihe der Servicestelle:**
- Nr. 76: Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Lateinamerika und der Karibik“, 18. bis 20. November 2015 in Frankfurt am Main. Bonn, April 2016
 - Nr. 75: Elftes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt, 16. und 17. September 2015, Mannheim. Bonn, April 2016
 - Nr. 74: Pressespiegel 2015. Bonn, Dezember 2015

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen ***Eine-Welt-Nachrichten*** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter www.service-eine-welt.de.



Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der Engagement Global gGmbH wird finanziell gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Durch unsere Gremien Programmbeirat und Programmkommission beteiligen wir unsere Förderer und Kooperationspartner an der Fortentwicklung der SKEW.

Unter Mitwirkung: Freistaat Bayern, Land Berlin, Land Mecklenburg-Vorpommern, Land Niedersachsen, Saarland, Land Schleswig-Holstein, Freistaat Thüringen, Gemeinde Aidlingen, Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz Bau und Reaktorsicherheit, Bundesstadt Bonn, DBB Beamtenbund und Tarifunion, DEAB Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V., Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH, Deutsche UNESCO-Kommission e. V., Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Köln, Forum der Kulturen Stuttgart e. V., Stadt Freiburg im Breisgau, Stadt Jena, Stadt Karlsruhe, Stadt Köln, Landeshauptstadt München, Stadt Nürnberg, Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Kreis Steinfurt, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen

Tulpenfeld 7 · 53113 Bonn
Postfach 12 05 25 · 53047 Bonn

Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150

info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung